

70

DER SPIEGEL
1947 – 2017

HERAUSGEBER: KLAUS BRINKBÄUMER

REDAKTION: HAUKE JANSSEN, CORDT SCHNIBBEN

GESTALTUNG: JENS KUPPI

1947 – 1963

VORWORT VON KLAUS BRINKBÄUMER **6**

WIRTSCHAFTSWUNDER UND ADENAUER **13**

DIE BESTEN SPIEGEL-COVER **14**

SCOOPS UND SKANDALE **17**

FOTOS VON SPIEGEL-GESPRÄCHEN **23**

WÄHRUNGSREFORM · GRUNDGESETZ · 17. JUNI ·
ADOLF EICHMANN · KENNEDY · MAUERBAU · KUBA-KRISE **24**

1964 – 1975

REVOLTE UND BRANDT **91**

DIE BESTEN SPIEGEL-COVER **92**

SCOOPS UND SKANDALE **95**

FOTOS VON SPIEGEL-GESPRÄCHEN **101**

STARFIGHTER · STRAUSS · OHNESORG · RAF ·
AUSCHWITZ-PROZESS · MONDLANDUNG · OSTPOLITIK · WATERGATE **102**

1976 – 1987

TERROR UND SCHMIDT **165**

DIE BESTEN SPIEGEL-COVER **166**

SCOOPS UND SKANDALE **169**

FOTOS VON SPIEGEL-GESPRÄCHEN **175**

FLICK · SOLSCHENIZYN · AFGHANISTAN · WALDSTERBEN ·
TSCHERNOBYL · GORBATSCHOW **176**

- 221** **EINHEIT UND KOHL**
- 222** DIE BESTEN SPIEGEL-COVER
- 225** SCOOPS UND SKANDALE
- 231** FOTOS VON SPIEGEL-GESPRÄCHEN
- 232** LOCKERBIE · TIANANMEN · MAUERFALL · GOLFKRIEG · LEWINSKY · ROT-GRÜN

- 297** **KRIEGE UND SCHRÖDER**
- 298** DIE BESTEN SPIEGEL-COVER
- 301** SCOOPS UND SKANDALE
- 307** FOTOS VON SPIEGEL-GESPRÄCHEN
- 308** BALKANKRIEG · BÖRSENRAUSCH · 11.9. · IRAKKRIEG · MUHAMMAD ALI · ABU GHUREIB · TSUNAMI

- 380** **KRISEN UND MERKEL**
- 381** DIE BESTEN SPIEGEL-COVER
- 384** SCOOPS UND SKANDALE
- 391** FOTOS VON SPIEGEL-GESPRÄCHEN
- 392** NSA · SOMMERMÄRCHEN · ASYL · FUKUSHIMA · AFGHANISTAN · NSU · ALEPPO · TRUMP

- 477** DANK

1988 – 1998

1999 – 2005

2006 – 2017

NOCH DREI STUNDEN, NOCH ZWEI, NOCH EINE

VON KLAUS BRINKBÄUMER

Es gibt Menschen und Momente, Recherchen eben, die kein SPIEGEL-Redakteur je vergisst. Am 4. November 2008 standen und saßen Zehntausende um mich herum auf einer Wiese in Chicago, sie bangten. Ein kühler Abend war es, doch dann kamen die Resultate herein, und bald weinten die Ersten, bald die meisten, Zehntausende weinten, auch Journalisten. Zyniker werden jene Nacht von Chicago kitschig gefunden haben, die meisten fanden sie gewiss romantisch, es hängt halt stets davon ab, wie nüchtern man auf das Leben blickt.

Und dann kam jener junge Barack Obama auf die Stahlrohrbühne, der mit dem Wort „Hope“ und dem Slogan „Yes, we can“ und Reden, die so schwingend und klingend wie Bruce Springsteens Konzerte waren, die Wahl gewonnen hatte, und seine Töchter Malia und Sasha und seine Frau Michelle gingen an seiner Seite, die vier hielten einander an den Händen. Ein historischer Moment: der erste schwarze Präsident

der Vereinigten Staaten. Ein spektakulärer Moment für die Demokratie.

Acht Jahre später rundete sich meine Geschichte mit Obama. Er war in Berlin, am 17. November 2016 befragten wir (WDR und SPIEGEL) ihn in der amerikanischen Botschaft. Grauer und schmaler war Obama, nun 55 Jahre alt und raumgreifend souverän, und der

kleine Sieg dieses Morgens bestand darin, trotz der Stimmen aus der Regie, die der Ohrhörer seit zehn Minuten übermittelte („Time is up. Verabschiedung, jetzt!“), vor vier Fernsehkameras doch noch die eine letzte Frage nach Edward Snowden zu stellen und den ewig wortgewandten Obama für Sekunden in Verlegenheit zu bringen.

Es waren dunkle Tage für die Demokratie angebrochen. In den USA hatte sich Donald Trump über Behinderte und über Eltern, deren Sohn im Krieg gefallen war, lustig gemacht; er hatte Frauen begrapscht und damit angegeben, er hatte Lügen über Obama, Hillary Clinton und eigentlich alle Institutionen Washingtons erzählt, und er hatte Muslime, Mexikaner und eigentlich alle Minderheiten des Landes diffamiert und bedroht. Aber er hatte die Wahl trotzdem gewonnen, war Obamas Nachfolger geworden, denn er hatte 15 Millionen Follower auf Twitter und 15 Millionen Fans auf Facebook, und damit war es ihm gelungen, seine eigene Wirklichkeit zu erschaffen, eine Welt, in der das eigene absurde, fremdenfeindliche, misogyne Verhalten nicht mehr existierte, weil es zur Diffamierung durch die Gegenseite umgedeutet wurde, zur unfairen Attacke durch die Eliten, die es ja zu bekämpfen galt.

Postfaktisch werden diese Zeiten genannt, weil für allzu viele Menschen Gerüchte und Lügen ebenso unterhaltsam und nach einer Weile ebenso wahr sind wie die Wahrheit. Facebook und Twitter verbreiten nun einmal alles, egal ob erfunden oder belegt, und alles sieht gleich authentisch aus. Wenn Algorithmen zu Chefredakteuren werden, werden Menschen, die nur rassistische Texte lesen wollen, recht bald nur noch mit rassistischen Texten beliefert. Und dadurch wird auch für sie eine neue Welt geformt.

Lügen: Die Evolution ist eine Erfindung der Linken, weil schließlich Gott die Welt erschaffen hat. Der Klimawandel ist eine Erfindung der Liberalen. Michelle Obama war früher ein Mann. Barack Obama ist ein in Kenia geborener Muslim oder auch ein schwuler Kommunist. Hillary Clinton und Obama haben den Irakkrieg begonnen und den IS erschaffen. Der Brexit bringt 350 Millionen Pfund in der Woche mehr für die britische Gesundheitskasse.

Sie wurden geglaubt.

In einer Spanne von fünf Tagen wurden Donald Trump 87 Falschaussagen nachgewiesen, aber auch dieser Nachweis erreichte nur jene, die in einer anderen, der alten Welt lebten. Trump twitterte, dass die Aussage, er habe die Unwahrheit gesagt, eine gemeine Lüge der Eliten sei, dafür jubelten ihm Millionen zu.

All das wirkte zunächst nur virtuell, aber der Aufstieg von Pegida und AfD und die Wahl Trumps zeigen, dass dies nicht mehr stimmt. Auch Politik und Gesellschaften verändern sich. In den USA und in Großbritannien nimmt die Zahl der Übergriffe auf Minderheiten und Migranten seit dem Brexit und dem Sieg Trumps auf – man kann es nicht anders sagen – dramatische Weise zu.

Denn der Rassismus ist auf ebendiese Weise ein neuer Realismus geworden, ist nun für viele, für allzu viele Menschen wieder eine Haltung wie andere Haltungen, genauso legitim, „wieso soll ich Frauen und Neger nicht verachten dürfen, das ist ein freies Land?“. Und ausgerechnet die Lügner unternehmen inzwischen ernsthaft den Versuch, eine Presse, in der noch immer voller Ernsthaftigkeit recherchiert, korrigiert und verifiziert wird, als „Lügenpresse“ zu diffamieren und damit zu nivellieren.

Obama sagte uns im November 2016 in Berlin: „Wenn aber die Weltwirtschaft nicht reagiert auf jene Menschen, die sich abgehängt fühlen, wenn die Ungleichheit zunimmt, dann werden wir es mit mehr und mehr gesellschaftlichen Spaltungen in den Industrieländern zu tun haben.“

Es sind wichtige Zeiten für den SPIEGEL, es sind Zeiten, die den SPIEGEL brauchen. Lügner müssen Lügner genannt werden. Rassisten sind zu beschreiben als das, was sie sind. Auch Facebook und Twitter sind zu beschreiben: als Medienkonzerne, die Verantwortung tragen für das, was sie verbreiten, und darum Verifikation und Dokumentation benötigen und ein System, das erfundene Nachrichten aussortiert. Die Wahrheit ist zu verteidigen, um nicht weniger als das geht es jetzt. Medien können und müssen nach wie vor recherchieren, was stimmt, und sagen, was ist. Wenn politischer Diskurs durch Demagogie ersetzt wird und wenn dann die Demagogie

gogie durch den politischen Prozess auch noch belohnt wird, gefährdet die Demokratie die eigenen Regeln und letztlich sich selbst. Es ist kein Spiel, wir sollten nicht unterschätzen, was auch in Deutschland geschieht: Unsere Art zu leben steht auf dem Spiel.

Es gibt auch Hausinternes, natürlich, was kein SPIEGEL-Redakteur je vergisst. Die erste SPIEGEL-Erfahrung. Den Abwerbeanruf. Das Vorstellungsgespräch beim Chefredakteur. Den ersten Titel. Und natürlich, wenn der Redakteur oder die Redakteurin alt genug ist: die Begegnungen mit Augstein.

Als Jugendlicher hatte ich den SPIEGEL nur sporadisch und dann berauscht gelesen, im Münsteraner Elternhaus gab es die „Westfälischen Nachrichten“ und „Kirche + Leben“. Als junger Journalist, 1990 bei der Fußball-WM in Italien, lauerte ich wie die anderen deutschen Reporter in der Turnhalle von Erba, wo die deutsche Mannschaft ihr Lager aufgeschlagen hatte, auf Zitate, exklusiv war für die meisten von uns wenig zu holen.

Aber zwei lässige Männer in weißer Leinenhose und weißem Hemd saßen hinten auf einer Tribüne und hielten sich aus all den hektischen Gesprächen mit Matthäus und Brehme heraus. Sie hatten keine Eile, es war eindeutig: Sie wussten etwas. Und dann öffnete sich eine Tür, und Franz Beckenbauer blickte in die Halle und winkte. Und die weißen Herren, Jürgen Leinemann und Heiner Schimmöller, gingen durch die Tür zu Franz Beckenbauer, die Tür schloss sich, und was wirklich wichtig war in der deutschen Mannschaft, das lasen wir Anfänger am folgenden Montag im SPIEGEL.

Der Anruf ereilte mich 1992 in Kopenhagen. Deutschland sollte gegen Dänemark spielen, die Arbeit des Tages war getan, die Texte waren nach Berlin gesendet, ich lag in der Badewanne. Das Telefon klingelte, nass und frierend stand ich da. „Hier ist Heiner Schimmöller vom SPIEGEL.“

Chefredakteur Wolfgang Kaden war milde beim ersten Vorstellungsgespräch, meine Aufregung lächelte er weg.

Die erste Titelgeschichte: der Steuerfall Graf. Wir hatten monatelang gesucht und Informatiönchen gefunden, doch dann kam der eine Anruf, und da war der eine Mann, der eine politisch gedeckte Steuerhinterziehung nicht mittragen wollte, weil sie seinem Rechtsverständnis widersprach, und er wollte den Kollegen Hans Leyendecker sprechen.

Rudolf Augstein war nur selten noch da. Verlag und Redaktion feierten seinen Geburtstag, er spielte Klavier. Sporadisch erschien er in der Konferenz, schweigsam. Dann kam Jolo, die Geiselgeschichte um die entführte Familie Wallert, und bald hatte auch der SPIEGEL eine Geisel auf den Philippinen, Andreas Lorenz. 25 Tage lang arbeiteten der Auslandschef Olaf Ihlau und ich als Befreiungskommando, unser Ziel: Kontakt aufbauen, Kommunikation herstellen, verhandeln, auf keinen Fall selbst zu Geiseln werden. Nach der Rückkehr eine Feier im „Schiffertreff“ in Hamburg, und Augstein legte mir die Hand auf die Schulter: „Der SPIEGEL lässt seine Leute nicht hängen, nicht wahr, junger Mann?“

So fing es für mich an, und solche Geschichten können wir alle erzählen, alle SPIEGEL-Redakteure. Wir

alle wissen um die Bedeutung dieses Blattes, um seine Vergangenheit, unseren Auftrag. Der SPIEGEL gehört mehrheitlich seinen Angestellten, es ist unser SPIEGEL. Ich habe in bisher knapp 24 Jahren in diesem Haus keinen SPIEGEL-Redakteur und natürlich auch keine SPIEGEL-Redakteurin getroffen, dem oder der nicht ganz und gar ernsthaft am Wohl dieses Hauses gelegen gewesen wäre. Überzeugungstäter, allesamt.

Das alles begann am 4. Januar 1947.

Drei britische Offiziere hatten in Hannover die Idee gehabt, den Deutschen aus erzieherischen Gründen ein „News Magazine“ vorzusetzen. Was das sei, fragte der junge Rudolf Augstein. Na, eben ein Nachrichten-Magazin, sagten sie und zeigten die britische „News Review“ herum, das Vorbild. Die britischen Offiziere übersetzten einige Texte und sagten: objektive Nachrichten also, lesbar gemacht durch Handlung, inklusive Ursache, Ablauf, Wirkung, und so redigiert, als wären alle Texte von ein und demselben Erzähler verfasst. „Und unter besonderer Berücksichtigung des Persönlichen: Alter, Schlips, Haarfarbe“, erinnerte sich Augstein später, „so fingen wir an, so wurden wir angefangen.“

Fünfmal war die Zeitschrift „Diese Woche“ Ende 1946 erschienen, zuletzt unter Zensurvorgaben, dann wollte die britische Besatzungsmacht diese seltsam obrigkeitkritische Wochenschrift nicht mehr selbst herausgeben und dem 23-jährigen Redakteur Augstein die Verantwortung übertragen. Der fragte seinen Vater Friedrich, einen katholischen Fotokaufmann, wie das Blatt heißen solle, vielleicht „Das Echo“? Oder „Der Spiegel?“ – „Der Spiegel“, sagte der alte Augstein schnell.

Ja, so fing es an, am 4. Januar 1947 erschien die Nummer 1. „Für unsere kleine Truppe“, so Augstein, „galt der Satz: ‚Wir wollen das schreiben, was wir, hätten wir dieses Blatt nicht, anderswo lesen wollten.‘ Bei uns allen stand die politische Überzeugung im Vordergrund. Sie fächerte sich im Laufe der Jahre naturgemäß auf. Eisern aber blieb der Grundsatz, vor

keiner Autorität, nicht einmal vor einer befreundeten, zu kuschen.“

Und so wurde der SPIEGEL das „Schmierblatt“ (Adenauer), das „Scheißblatt“ (Brandt), „ein Blatt, weiter gar nichts“ (Wehner), oder auch ein „Schmierlügendrecksheft“, wie mir, altmodisch per Post und doch anonym, ein angeblicher Abonnent im Flüchtlingsommer 2015 schrieb.

Wir alle kennen die Namen unserer Vorgänger. Augstein. Brawand. Becker. Dieser Hans Detlev Becker organisierte die frühe Redaktionsarbeit, schrieb das Statut oder schrieb jedenfalls daran mit, sorgte dafür, dass alle Geschichten „einen hohen menschlichen Bezug“ hatten. Böhme. Karasek. Mauz. Schwarz. So viele, viele mehr. Es waren Männer, zunächst so gut wie ausschließlich, dann immer noch in den Führungsrollen, erst in den vergangenen zehn Jahren wurde die Ressortleiterrunde auch eine Ressortleiterinnenrunde, und im Februar 2015 wurde Susanne Beyer die erste stellvertretende Chefredakteurin der SPIEGEL-Geschichte.

Als Cordt Schnibben, Hauke Janssen und ich für diesen Band durch die alten Texte gingen, war schnell klar, wie uferlos die Aufgabe sein würde. 70 Jahre, das waren ja 3650 SPIEGEL-Ausgaben, 378 000 Artikel, verfasst von rund 2000 Redakteuren, verantwortet von 27 Chefredakteuren, verifiziert von 500 Dokumentaren. Wie sollte daraus ein Buch erwachsen können? Natürlich mussten Adenauer, die Kennedy-Brüder, die tödlichen Schüsse auf Benno Ohnesorg, die Mondlandung und die RAF vorkommen. Und Brandt. Im Heft stand damals: „Wo ist er? Was ist denn passiert? Ist er gestürzt? Ohnmächtig geworden? Willy Brandt kniet.“

Unsere Kriterien waren historisch-politische Relevanz und sprachlich-erzählerische Qualität, doch beides ist subjektiv, und Hunderte weiterer und hier trotzdem nicht versammelter Geschichten lösen beide Ansprüche ebenfalls ein, weshalb ich die vielen ehemaligen und heutigen Kollegen, deren Geschichten nicht vertreten sind, aber vertreten sein müssten, um feierlaunige Toleranz bitten muss. Die Geschichten, die wir hier versammelt haben,

sind leicht oder auch stärker gekürzt; und vier E-Bücher werden folgen mit den herausragenden Reports aus Wissenschaft und Wirtschaft, den Reportagen, den Rekonstruktionen, den SPIEGEL-Gesprächen.

Rechtschreibung und Schreibweisen haben wir, dem jeweiligen Erscheinungsdatum entsprechend, belassen. Lange haben wir außerdem überlegt, wie wir mit den vielen Enthüllungen umgehen sollten, denn natürlich sollte dieser Band nicht nur Reportagen und Porträts versammeln, sondern das spiegeln, was den SPIEGEL ausmacht: investigative Recherche.

Diese aber ist in der Rückschau und ohne Kontext mitunter schwer zu verstehen, außerdem schreiben sich Affären von Heft zu Heft fort, weshalb einzelne Auszüge nur bedingt Sinn ergeben – in diesem Buch finden sich darum neue Texte, welche große Affären und Enthüllungen dieser ersten 70 SPIEGEL-Jahre einordnen, erzählen und erklären, auch unsere Fehler.

Die Sprache des SPIEGEL und seine Texte haben sich verändert. Suchend wirkt sie zu Beginn. Dann wird sie spitz, auch scharf, auch selbstgewiss. Der SPIEGEL der Sechzigerjahre schildert bildstark und im Vergleich zu heute geradezu blumig; klar eigentlich, denn die Kollegen von damals konnten weniger voraussetzen, die Leser von einst hatten natürlich nicht die gleiche nachrichtliche Grundversorgung wie die Leser von heute. Auch damals wurde schon interpretiert: „Und dennoch sind es Väter und Söhne vom gleichen Stamm der Deutschen: beide selbstgerecht und intolerant, beide wännen sich im Besitz der Wahrheit, jeder sieht im anderen das Unheil“, so schreiben unsere Vorgänger 1968 nach dem Anschlag auf Rudi Dutschke.

Der SPIEGEL war lustig und immer schon wortschöpferisch: Adenauer „stirnrunzelte“ seine Sorgen vor der Bundestagswahl. Und wie entdeckungsvergnügt, da nie zuvor gelesen, waren die Gedanken und Sätze der unerreichten Marie-Louise Scherer, über Pariser Mörder, die deutsch-deutsche Hundegrenze oder auch Mode: „Da der weibliche Körper, außer daß er gestreckt oder gedrunken, breit oder schmal sein kann, immer gleich ist; da keine Frau einen geflügelten Rü-

cken hat, weder über ein drittes Bein verfügt noch über den Stützwanz eines Känguruhs, auf dem sie sich schnellend fortbewegen könnte, muss die Mode eine ewig unveränderte Anatomie hofieren.“ Und auch wir Heutigen möchten Begriffe wie „Wutbürger“ oder „Firse Franz“ lieber selbst finden als anderswo lesen.

Der SPIEGEL kalauer-
te: Barzel war nicht
einfach allein, son-
dern „keiner war bei
Rainer“. Der frühe
SPIEGEL setzte die
„DDR“ in Abführung,
schrieb „Neger“
und „Negerführer“,
zu lange. Er war
dröhnend, manchmal.
Und solange die
Artikel namenlos ver-
öffentlicht wurden,
solange nur Augstein
und wenige Stars mit
Autorenzeile arbeiten
durften, war der
SPIEGEL eine Armee,
und das merkte man.

Was ich in meiner ersten Woche lernte, war: Eine Einseitengeschichte hat 125 Zeilen à 42 Anschläge. Dem fulminanten ersten Satz folgen 20 Zeilen szenischer Einstieg, dann 10 Zeilen These, auch dritter Absatz oder Aufblase genannt. Zeile 35 bis Zeile 50: Ausarbeitung des Konflikts, süffige Details. Zeile 50 bis 60: zweite These, also die Weiterentwicklung der ursprünglichen These. Zeile 60 bis maximal Zeile 75: Rolle rückwärts, also die Genese des Konflikts, um den es geht. Zeile 75 bis Zeile 120: die Auffächerung der Geschichte in ihren Details, mit verfeinerter These, Antithese, Synthese, und fertig. Zeilen 120 bis 125: szenischer Ausstieg, flapsige Pointe. Immer gleich.

Legendär war der Auslandsressortleiter Dieter Wild, von dem es hieß, ihm seien die Manuskripte unter der Tür durchgeschoben worden, dann habe er sie SPIEGEL-tauglich gemacht und wieder unter der Tür durchgeschoben, ohne ein Wort zu den Redakteuren.

Chefredakteur Stefan Aust, von SPIEGEL TV gekommen und von der Redaktion nicht besonders herzlich begrüßt, führte die Autorenzeilen ein, was ihm reichlich Zuneigung einbrachte. Das Blatt wurde freier. Manches geriet verspielt, manches egozentrisch, wir suchten wieder nach unserem Weg. Was jedoch blieb, war die Klarheit: wenig Adjektive, eher kurze Sätze, viele Verben, damit es vorangeht. Personalisiertes Erzählen; der SPIEGEL schreibt über Menschen.

Mit dem 11. September 2001 fanden wir zu einer neuen Form: den großen Rekonstruktionen von Ereignissen, die schwer zu verstehen sind und die einer allein nicht mehr recherchieren kann. Kollege Schnibben entwickelte diese Methode, und sie kam rechtzeitig, weil sie dem Magazin auch im Onlinezeitalter etwas gab, das so nur der SPIEGEL leisten kann.

Geliebt haben die meisten von uns übrigens immer das ganze Programm. Die Nachrichten, die Enthüllungen und die Reportagen, die großen Gespräche und die Porträts, die Erzählungen aus der Wirklichkeit, die Rekonstruktionen wie jene von 2008, „Der Bankraub“. Großartig ist unser Beruf ja gerade dann, wenn die Rollen wechseln: Mal liefert man nur ein Detail zu, mal tragen die eigenen Recherchen die ganze Geschichte, mal fügt man all das zusammen, was

5 oder 10 oder bisweilen auch 15 Kollegen herbeigetragen haben. Unter Zeitdruck. Es gibt keinen schöneren Beruf, keinen besseren Arbeitsplatz, keine größeren Tage: Zehn Seiten sind frei gehalten, ein alternativer Titel existiert nicht, noch drei Stunden, noch zwei, noch eine, und alle in der Redaktion liefern dir ihre Recherchen zu und lassen dich in Ruhe schreiben, weil sie dir vertrauen.

Denn Einzelkämpfer und durchaus ehrgeizig sind wir SPIEGEL-Menschen natürlich auch, allesamt und täglich, wenn wir nämlich recherchieren; doch wenn der Redaktionsschluss naht, Woche für Woche, dann werden wir eine Mannschaft, die für das streitet, worum es jetzt geht: Aufklärung und die freie Presse, die freie westliche Gesellschaft, die Demokratie.

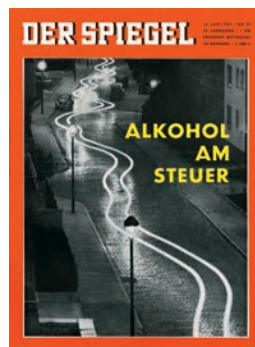
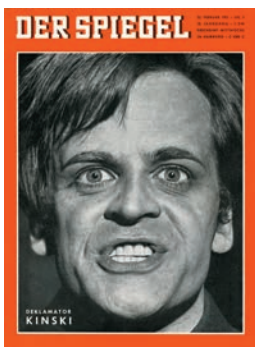
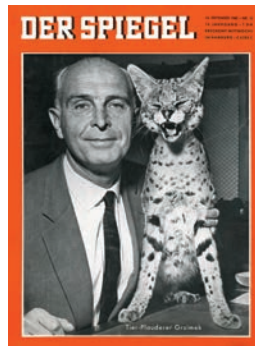
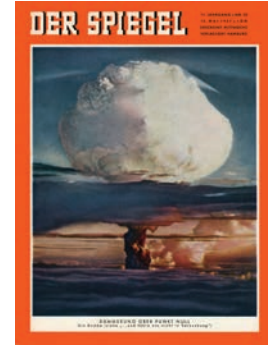
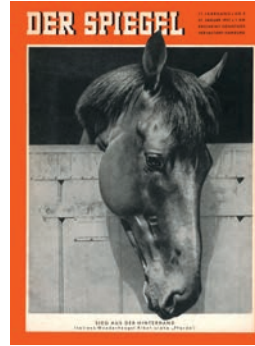
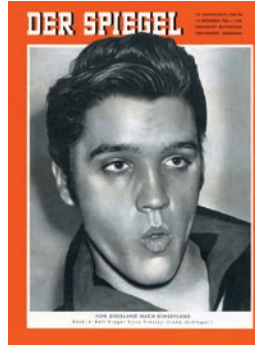
Hamburg, Dezember 2016

1947–1963



WIRTSCHAFTSWUNDER UND ADENAUER





Kriegsgefangene •
Thomas Mann • Währungsreform •
Adenauer • Grundgesetz •
Marlene Dietrich •
Jean-Paul Sartre • Maria Callas •
17. Juni • Weltmeister •
Rock 'n' Roll • Pille •
Adolf Eichmann • Kennedy •
Mauerbau • Kuba-Krise •
Augstein inhaftiert

„EIN ABGRUND VON LANDESVERRAT“

Von der Hauptstadt-Frage bis zur SPIEGEL-Affäre. Enthüllungen und Skandale in der Ära Adenauer

Am Dienstag, dem 28. Februar 1950, bestiegen um 19.36 Uhr drei Herren einen D-Zug in München. Es waren Parlamentarier der Bayernpartei, einer damals nicht unbedeutenden politischen Kraft im Freistaat, die zudem 17 Abgeordnete im ersten Bundestag stellte. Das Trio wollte nach Bonn.

Einer der Männer war der Bayernpartei-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Josef Baumgartner, die anderen beiden waren Fraktionskollegen. Die Reisenden plauderten zunächst über diese und jene Belanglosigkeit. Dann nahm das Gespräch einen ernsten Verlauf. Es ging um die gerade mal vier Monate zurückliegende Wahl Bonns zur – provisorischen – Hauptstadt Westdeutschlands.

Den meisten Beobachtern hatte Frankfurt am Main als Favorit gegolten. Am Parlamentsgebäude war schon gezimmert worden, und Oberbürgermeister Walter Kolb hatte bereits eine Dankesrede vom Radio aufzeichnen lassen.

Doch dann gewann Bonn. In der entscheidenden Bundestagssitzung am 3. November 1949 entschieden sich 200 Abgeordnete für die Stadt am Rhein. Frankfurt bekam nur 176 Stimmen.

Was war geschehen? Bald machten erste Gerüchte über gekaufte Stimmen die Runde. Aber war da etwas dran?

Die drei Herren der Bayernpartei erörterten auf ihrer Fahrt von München nach Bonn an jenem Abend auch dies. Parteichef Baumgartner schrieb hernach ein Gedächtnisprotokoll, und das hatte es in sich. Vor allem, was der Abgeordnete Hermann Aumer seinem Vorsitzenden im Zugabteil gestand, sollte die junge Republik erschüttern und den SPIEGEL in aller Munde bringen.

Denn das Nachrichten-Magazin war in Besitz des Protokolls gelangt und hatte breit daraus zitiert –

„Klug sein und mundhalten“ war der Artikel überschrieben (Heft 39/1950):

„Dr. Baumgartner: Ist im Fall Bonn-Frankfurt Geld gegeben worden an Mitglieder unserer Fraktion?

Aumer: Es ist an Abgeordnete aller Fraktionen ein Betrag von insgesamt etwa zwei Millionen DM bezahlt worden. Etwa hundert Abgeordnete seien bestochen worden mit Beträgen zwischen 20 000, 10 000 und 1000 DM, erklärte Aumer. 20 000 DM für diejenigen, die mitzureden haben, 10 000 DM für diejenigen, die ein Gewicht haben, und 1000 DM für diejenigen, die nur ihre Stimme hergegeben haben.

Dr. B.: Haben Abgeordnete der Bayernpartei Geld erhalten?

Aumer: Ja.

Dr. B.: Hast du selbst in diesem Zusammenhange Geld erhalten?

Aumer: Nein, nein, ich habe für Frankfurt gestimmt.“

Nach Erscheinen der Geschichte im SPIEGEL wurde der Zeitungskiosk am Bundeshaus in Bonn bestürmt. Die 115 ausgelieferten Exemplare waren binnen kürzester Zeit verkauft.

Es gab Lob für die Veröffentlichung, aber auch Tadel: Man könne doch den Glauben an die junge deutsche Demokratie nicht öffentlich so erschüttern, klagten einige Parlamentarier.

„Man kann“, erwiderte SPIEGEL-Gründer und Chefredakteur Rudolf Augstein wenig später im SPIEGEL, „und man muss.“ Sauberkeit und persönliche Integrität seien unter zu vielen westdeutschen Politikern „so bodenlos im Wert gesunken, daß eine Zeitung wie der SPIEGEL ohne Rücksicht auf spätere Nachteile zuschlagen muß, wenn sie stichhaltige Beweise für unqualifizierbares Benehmen in den Händen hat“.

In seiner Kolumne „Lieber Spiegelleser“ (Heft 41/1950) schrieb Augstein weiter:

„Darum war es gut, sie durch einen hochnotpeinlichen Skandal daran zu erinnern, daß ein Staat auch anders ruiniert werden kann als durch den Größenwahn eines Diktators und daß die schlimmeren Feinde der Demokratie die sind, die sie nicht durch Worte, sondern durch Taten blamieren.“

„Die Vorgänge um die Hauptstadtwahl brachten zum ersten Mal den SPIEGEL auf die

Frankfurt lag zentral, hatte ein gut ausgebautes Telefonnetz, und der Flughafen war auch nicht weit entfernt.

Spur einer Bonner Staatsaffäre“, urteilte der Historiker Hans-Peter Schwarz später.

Die Politik reagierte schnell. Bereits am 5. Oktober 1950 trat ein Untersuchungsausschuss des Bundestags zusammen, um Licht in die Affäre zu bringen. Es gelang ihm nicht. Sämtliche Protagonisten widersprachen einander und bezichtigten sich der Lüge. Im Mai 1951 wurden die Akten geschlossen. „Man konnte daraus für künftige Fälle die Lehre ziehen, daß sich die Einrichtung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse im Verfassungssystem des Grundgesetzes für parlamentarische Kontroversen gut, für die Wahrheitsfindung aber kaum eignet“, resümierte Historiker Schwarz.



In jenen Jahren nach Kriegsende, als die Deutschen erst langsam wieder lernten, was Demokratie und Rechtsstaat bedeuten sollten, blubberten noch vielerorts braune Blasen. Denn die Nazis waren ja nicht von heute auf morgen weg, etliche hatten sich schon bald wieder eingerichtet im neuen Staat – in Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und, natürlich, in der Politik.

Der CDU-Politiker Rudolf Vogel (Jahrgang 1906) war so ein Fall. Eben noch Verächter der parlamentarischen Demokratie und glühender Propagandist des NS-Regimes, ließ er sich 1949 in den ersten Bundestag wählen.

Als ausgewiesener Experte für Meinungsfreiheit und Kultur übernahm er sogleich den Vorsitz des Bundestagsausschusses „für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films“. Bundesfilmbeauftragter und Vorsitzender eines Gremiums, welches das gesamte ehemalige Filmvermögen des untergegangenen Deutschen Reichs abwickeln sollte, war er zudem. In diesem Sinne hätte er gerne noch weitergewirkt, aber dann kam der SPIEGEL kurz vor der zweiten Bundestagswahl mit einer Geschichte, die der Karriere des Dr. Rudolf Vogel einen (vorläufigen) Knick bescherte (Heft 33/1953).

In dem Artikel „Durch dick und dünn“ beschrieb das Blatt den Werdegang des umtriebigen Politikers, der in seinem Lob auf den „Führer“ einst kaum ein Maß zu finden schien. Hitlers Rede im Reichstag vom 1. September 1939, mit der er den Überfall auf Polen

verkündete („Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen!“), begeisterte Vogel:

„Wir, die wir diese Rede hörten, können nicht anders, als angesichts dieses Appells an unser Ideal, an unsere besten Instinkte und an unseren Selbstbehauptungswillen mit ihm durch dick und dünn zu gehen.“

Nahezu euphorisch schwärmte er von der nationalsozialistischen Bewegung und deren Parteitag als eine Art von Naturereignis: „Für viele Hunderttausende wird Nürnberg mit diesen Festtagen zu einer Tradition, zu einer jährlichen Wallfahrt, die man nicht mehr missen mag, die zum Umkreis des Jahres gehört wie der Wechsel der Jahreszeiten selbst.“

Die Recherchen des SPIEGEL blieben nicht ohne Folgen: Einige Wochen nach Erscheinen der Geschichte trat Vogel als Filmbeauftragter der Bundesregierung zurück und legte den Vorsitz des Bundestagsausschusses für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films nieder.

Doch wie sich erweisen sollte, stotterte die Karriere des ehemaligen NS-Propagandisten nur, obwohl der SPIEGEL 1954 noch einmal nachlegte – „Mit Freuden zugegriffen“ (Heft 28/1954) – und weitere Einblicke in die krude Gedankenwelt des einstigen NS-Propagandisten lieferte:

„Jüdischer Einfluß in der Welt war immer gleichbedeutend mit der Handelsfreiheit jüdischer Bankiers und Großhändler. In dem Maße also, in dem sich der Spielraum für die jüdischen Händler und Bankiers in der Welt verengt, muß auch der jüdische Einfluß schwinden. Wir erleben nun seit dem zielbewußten Kampfe des Nationalsozialismus gegen den jüdischen Weltherrschaftsanspruch eine handelspolitische Entwicklung, die gleichbedeutend mit der Ausschaltung des jüdischen Einflusses aus vielen Ländern ist.“

Die Nachkriegszeiten waren aber so, dass selbst derlei antisemitische Tiraden einer politischen Laufbahn keinen Abbruch tun mussten: von 1957 bis 1964 war Vogel stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses, zwischen 1964 und 1968 vertrat er die Bundesrepublik als Botschafter bei der OECD in Paris, bekam 1963 das Große Bundesverdienstkreuz verliehen und rückte 1968 zum Staatssekretär im CDU-geführten Bundesschatzministerium auf.

Nach seinem Tode 1991 wurde gar ein Journalistenpreis nach ihm benannt, die „Rudolf-Vogel-

Medaille“. Diese Auszeichnung verlieh die Südosteuropa-Gesellschaft, deren langjähriger Präsident Vogel war. Doch 2013 weigerte sich ein Schweizer Reporter, die Medaille anzunehmen – unter Hinweis auf Vogels Vergangenheit. Seitdem heißt die Auszeichnung „Journalistenpreis der Südosteuropa-Gesellschaft“.

•

Um als Journalist einen richtig guten Treffer zu landen, bedarf es bisweilen auch eines Quäntchens Glück. Manchmal reicht es schon, zur rechten Zeit am rechten Ort zu sein.

SPIEGEL-Korrespondent Lothar Rühl widerfuhr dies am 28. September 1954, als er im Foyer des Londoner Luxushotels Claridge's saß. Er war in die britische Hauptstadt gereist, um über eine Außenminister-Konferenz zu berichten, bei der es um Europa ging und auch um die Frage, ob die Bundesrepublik Mitglied im westlichen Verteidigungsbündnis werden solle.

Bald nahmen drei weitere Herren an einem Nachbartisch Rühls Platz, nur durch eine Säule von ihm getrennt. Es waren Luxemburgs Ministerpräsident Joseph Bech und Belgiens Außenminister Paul-Henri Spaak sowie der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer. Ermattet von den kontroversen Diskussionen des Tages, wollten sie im Claridge's einen Absacker zu sich nehmen.

Adenauer war schwer gefrustet vom Verlauf der Gespräche, und so wurde Korrespondent Rühl – *volens, volens* – Ohrenzeuge ganz und gar ungewöhnlicher und freimütiger Äußerungen des deutschen Regierungschefs. Und Rühl schrieb mit.

„Wenn ich einmal nicht mehr da bin, weiß ich nicht, was aus Deutschland werden soll, wenn es uns nicht doch noch gelingen sollte, Europa rechtzeitig zu schaffen“, klagte der Alte aus Rhöndorf etwa. Er warnte mit Nachdruck vor einem wieder erstarkten Land und malte das Gespenst des deutschen Nationalismus an die Wand: „Wenn Europa nicht wird und Deutschland eine Nationalarmee hat, dann können Sie eines Tages was erleben, Herr Bech, das sage ich Ihnen jetzt. Wenn in Deutschland die Nationalisten wieder an die Macht kommen ...“

Schier verzweifelt schien der damals 78-jährige Kanzler zu sein: „Nutzen Sie die Zeit, solange ich noch lebe, wenn ich nicht mehr bin, ist es zu spät –

mein Gott, ich weiß nicht, was meine Nachfolger tun werden, wenn sie sich selbst überlassen sind; wenn sie nicht in fest vorgezeichneten Bahnen gehen müssen, wenn sie nicht an Europa gebunden sind.“

So hatte man Adenauer öffentlich noch nie reden gehört, und folglich war das Interesse gewaltig, als wenige Tage danach Rühls Aufzeichnungen im SPIEGEL erschienen (Heft 41/1954). Die „Süddeutsche Zeitung“ druckte den Text sogar nach, unter der Überschrift: „Ein weltpolitisches Gespräch – Konrad Adenauers mitternächtliche Vision“.

Natürlich wurden auch Fragen laut, ob die Äußerungen Adenauers tatsächlich so gefallen seien, ob wirklich wahr sei, was der SPIEGEL-Journalist mitgeschrieben habe. Aber dann verstummten die Zweifel, denn der Kanzler selbst gestand einem Bekannten: „Den Artikel hab' ich gelesen. Da ist nicht viel zu sagen. Zehn Prozent sind verbindende Worte, die wohl nicht ganz richtig sind, aber 90 Prozent stimmen.“

•

Von Anbeginn war der SPIEGEL bekannt für seine respektlose Sprache, die niemanden verschonte, auch Autoritäten nicht – seien es Politiker, Wirtschaftsbose, kirchliche Würdenträger oder ausländische Majestäten.

Im August 1948 beschrieb das Blatt in einer Titelgeschichte den bevorstehenden Thronwechsel in den Niederlanden von Königin Wilhelmina zu Königin Juliana (Heft 35/1948). Gewohnt flapsig und leicht spöttisch wurde darin das neue Staatsoberhaupt porträtiert. „Keineswegs ein Malheur“ war die Titelgeschichte überschrieben – das sollte indes nicht für die Folgen gelten, die der SPIEGEL nach Erscheinen des Artikels zu verkraften hatte: Das Blatt wurde vorübergehend verboten. Dabei ging sich der inkriminierte Text recht süffig an (Auszüge):

„Als Hollands künftige Königin Juliana noch unter dem Pseudonym stud. phil. Lockie van Buren an der Universität Leyden war, geschah es ihr, daß zwei männliche Kommilitonen, die auf dem Weg ins Kolleg hinter ihr hergingen, ihre kräftig entwickelten Waden bespöttelten. Ohne deren Besitzerin als von königlichem Geblüt zu erkennen. Juliana wandte sich um und sagte: ‚Lästern Sie nicht, meine Herren! Auf diesen Säulen ruht das Haus Oranien!‘ – ‚Es ruhe sanft!‘,

entgegnete jugendlich frech einer der beiden, der Großmutter und dem Humor von Hollands Landesmutter in spe vertrauend. Mit Erfolg: Lockie alias Juliana nahm nichts krumm ...

Dann war die Zeit gekommen, an die auf Julianens säulenhaftem Unterbau ruhende Zukunft des Hauses Oranien zu denken. Die Historiographen sind sich nicht darüber einig, ob es in Igls bei Innsbruck auf österreichischem, bei der Winterolympiade in Garmisch auf deutschem oder bei Freunden in Amsterdam auf holländischem Boden geschah. Fest steht jedoch, daß die niederländische Thronanwärterin um die Jahreswende 1935/36 den SS-Sturmführer (ehrenhalber) und Angestellten der Amsterdamer I.G.-Farben-Filiale Bernhard zur Lippe-Biesterfeld kennen und lieben lernte.

Prinz Benno – so nannte ihn Holland – legte seine vorehelichen Ämter ebenso wie die deutsche Staatsangehörigkeit ab, heiratete Juliana und eroberte sich als neuernannter Prinz der Niederlande und königlich holländischer Rittmeister die Herzen seiner neuen Landsleute. Das seiner königlichen Schwiegermutter inbegriffen. Sie gestattete ihm sogar, in ihrem Speisezimmer zu rauchen.“

In den Niederlanden wallte das Blut, nachdem die SPIEGEL-Geschichte erschienen war. Heute – in Zeiten böhmermannscher Schmähedichte – kaum mehr vorstellbar, entfachte vor allem die Erwähnung der „kräftig entwickelten“ königlichen Waden einen Sturm der Entrüstung. Aber auch die Sätze über die NS-Vergangenheit von Prinz Bernhard stießen arg auf. Also beschwerte sich die niederländische Regierung beim britischen Besatzungsregime in Deutschland, dass der SPIEGEL „in allgemein beleidigendem Ton“ über das Königshaus berichtet habe. Und was taten die Briten? Sie verboten den SPIEGEL für zwei Wochen, die Hefte sollten „vom Erscheinen suspendiert“ werden, wie es hieß.

Chefredakteur Augstein bedauerte in einem Kommentar, „daß der Beschuldigte vor dieser Bestrafung nicht gehört worden ist“. Gleichzeitig bat er seine Leser, die Beschwerde der niederländischen Regierung nicht Königin Juliana und Königin-Mutter Wilhelmina zuzuschreiben – die beiden seien Herrscherinnen mit „wahrhaft königlichem Humor“.

Und London zeigte sich schließlich noch gnädig: Nur ein Heft durfte nicht erscheinen, die Nummer 43/1948.

•

Die Pressefreiheit ist ein hohes Gut, das es gegen Angriffe jeglicher Couleur zu schützen gilt – vor allem, wenn es um Zumutungen staatlicherseits geht. In den Anfangsjahren der Bundesrepublik war das bisweilen ein mühsamer Kampf, mochten sich etliche Vertreter der Obrigkeit doch nur schwer damit abfinden, dass auch ihr Wirken kritisch hinterfragt wurde, auch ihre Taten unter Beobachtung standen.

Da gab es zum Beispiel jene vorweihnachtliche Sause von Mitarbeitern des Bundesverfassungsschutzes in Köln, über die der SPIEGEL berichtete (Heft 8/1958). Die Geschichte – „Dummes Zeug nach zehn“ – ging (in Auszügen) so:

„Als zu vorgerückter Stunde die Fröhlichkeit zu erlahmen drohte, verfielen einige nimmersatte Schweiger auf die Idee, der Festesfreude neuen Auftrieb zu geben und den amtsinternen Adventsabend in einem Vergnügungsetablisement des Kölner Gastwirts und Romy-Schneider-Stiefvaters Hans Herbert Blatzheim fortzusetzen – in dem nicht ganz feinen Nachtlokal ‚Hamburg ahoi‘ (‚Jede Nacht Karneval mit Marsmenschen bei starkem Seegang und höllischem Sturm‘).

Zu den lustigen Verfassungsschützern, die sich neben der Bartheke an einem Tisch niederließen, gehörte der für die Beschaffung kommunistischer Informationsmaterials verantwortliche Gruppenleiter im Bundesamt sowie ein Referent dieser Gruppe namens Schoula nebst dessen Braut, einer Frau Leupold, die in der Dienststelle als V-Mann-Führerin tätig ist.

Zum bevorzugten Gesprächsthema der ‚Hamburg ahoi‘-Runde wurden sehr bald Betriebsinterna, so vor allem die strukturelle Reorganisation des Bundesamtes, die kurz zuvor stattgefunden hatte ...

Ließ schon das lärmende Verhalten der Verfassungsschützer die übrigen Gäste und auch das Barpersonal aufhorchen, so erst recht der Geheimdienstlerjargon, dessen sich der Kreis ungeniert bediente. Von ‚Tippnern‘, ‚Türdrückern‘ und ‚Beschaffern‘ sowie von ungünstig angelegten ‚Beschatter-Heimen‘ war ungeniert die Rede. Selbst unbefangenen Zuhörern wurde klar, daß hier der Alkohol einer Korona von Leuten die Zunge gelöst hatte, die sich sonst nur unter dem Siegel der Verschwiegenheit, mit Decknamen versehen, in der Öffentlichkeit bewegen.

War es nun das heikle Thema an sich, das lärmend debattiert wurde, oder das randalierende Verhalten der adventsfeiernden Verfassungsschützer schlechthin – der Geschäftsführer des Etablissements sah sich wiederholt genötigt, die Gesellschaft zur Ruhe zu ermahnen.

Aber alle Beschwichtigungsversuche fruchteten nichts. Im Gegenteil, die Repräsentanten der Verfassungsordnung demonstrierten, daß sie über mannigfache Möglichkeiten verfügen, Amtszwistigkeiten auszutragen. Einer von ihnen sprang plötzlich auf und verabreichte dem Referenten Schoula eine schallende Ohrfeige.

Das war der Augenblick, in dem sich die Geschäftsführung des Nachtclubs erneut gezwungen sah einzugreifen. Tatsächlich gelang es, die Hitzköpfe zur Friedfertigkeit anzuhalten, jedoch nur für kurze Zeit. Des gesprochenen Wortes schon nicht mehr ganz mächtig, hielten die Herren Handgreiflichkeiten zur Fortsetzung des Disputs für angebracht. Referent Schoula sprang auf und schlug seinem Vorgesetzten, dem Leiter der Gruppe Beschaffung, kräftig aufs Haupt, mit dem Erfolg, daß sich jetzt dieser auf den Angreifer stürzte. Der allgemeine Aufruhr wurde durch das schrille Heulen der Schoula-Braut und V-Frau Leupold komplettiert.

Die Leupold war es auch, die in die Nachtclub-Garderobe eilte und von dort aus, uneingedenk der außergewöhnlichen Stunde, sowohl den Verfassungsschutzpräsidenten Schrübbers als auch den Abteilungsleiter Dr. Nollau aus dem Schlaf klingelte, um die alarmierende Nachricht von den grimmigen Schlagwechseln im ‚Hamburg ahoi‘ zu vermelden.

Schrübbers und Dr. Nollau gaben Befehl, die Advertsfeier unverzüglich abzubrechen und die Beteiligten nach Hause zu schicken. Anderntags sollte man sich zum Rapport bereit halten ...“

Die Geheimen werden ordentlich etwas zu hören bekommen haben, auch das Bundesinnenministerium fand den Vorfall wenig spaßig, nachdem der SPIEGEL die Geschichte publik gemacht hatte. Der Generalbundesanwalt witterte – zwar noch keinen Abgrund (davon später) – aber immerhin schon mal: „Landesverrat“.

Rudolf Augstein spottete: „Daß von den in der Bundesrepublik tätigen Journalisten ein Angehöriger des SPIEGEL das erste Ermittlungsverfahren wegen

Landesverrats auf sich ziehen würde, hatten wir wohl immer vermutet. Auf die Idee, daß eine Prügelei unter Verfassungsschützern ... Gegenstand eines gegen uns gerichteten Verfahrens sein würde, konnten selbst die einfallsreichsten Propheten nicht verfallen.“

Vorgeworfen wurde dem SPIEGEL-Mann, „Angaben über dienstliche Funktionen namentlich genannter Angehöriger des Bundesamtes für Verfassungsschutz“ gemacht zu haben. Das war seltsam: „Nur im Kopfstand kann man begreifen, gegen wen sich dieses Verfahren richtet: nicht gegen die Leute, die, wie es scheint, trunken hinausgeschrien haben, was sonst niemandem zu Ohren kommen sollte, sondern gegen den Journalisten“, kommentierte die „Kölnische Rundschau“.

Was die Ermittler tatsächlich wollten, wurde bald klar. Während seines dreistündigen Verhörs säuselte ein Ermittlungsrichter dem SPIEGEL-Kollegen zu, die Causa könne durchaus straffrei für ihn ausgehen, wenn er den Namen jenes Menschen nenne, der ihn mit den pikanten Details versorgt habe. Kurz: Er sollte seinen Informanten preisgeben. Das tat er nicht.

Stattdessen druckte der SPIEGEL knapp ein halbes Jahr später die identische Geschichte ein weiteres Mal ab. „Da dieser inkriminierte Artikel in liebenswürdiger Form die nackte Wahrheit und niemandes Ehre angreift (und da er überaus lustig zu lesen ist), veröffentlichen wir ihn heute noch einmal“, schrieb Augstein dazu und forderte die Leser auf, doch selbst zu prüfen, „ob Bestand und Sicherheit der Bundesrepublik durch solch einen Artikel gefährdet werden können.“

Am 15. Februar 1959 wurde das Verfahren eingestellt.

•

Im 16. Jahr seines Bestehens traf den SPIEGEL 1962 ein Schlag, der ihn hätte zerstören können, der ihn auch zerstören sollte, der aber das Gegenteil bewirkte: die SPIEGEL-Affäre.

Anlass war eine Titelgeschichte über die Bundeswehr und über ein Nato-Manöver, in dem die deutschen Streitkräfte ein miserables Bild abgegeben hatten – „Bedingt abwehrbereit“ war der Artikel über-

Von Anbeginn war der SPIEGEL bekannt für seine respektlose Sprache, die niemanden verschonte.

schrieben (Heft 41/1962). Nachgewiesen wurde darin in nüchtern-sachlichem Ton, dass Westdeutschland im Falle eines atomaren Angriffs der Sowjetunion hoffnungslos unterlegen wäre und nahezu vollständig zerstört werden würde.

Mit seinem Bericht habe der SPIEGEL militärische Geheimnisse zum Schaden der Bundesrepublik ausgeplaudert, mithin „Landesverrat“ betrieben – so sah es jedenfalls die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, tatkräftig unterstützt vom damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß.

Der hatte schon lange auf eine Gelegenheit gewartet, das ihm unbequeme Magazin zu deckeln, der SPIEGEL war ihm zuwider. Mehrmals hatte das Blatt in den vorausgehenden Jahren kritisch über Wirken und Werk des CSU-Ministers berichtet. Und Schmeichelhaftes war nicht dabei gewesen.

Etwa als es 1958 um den HS-30-Schützenpanzer ging, ein Geschäft, das noch sein Vorgänger Theodor Blank eingefädelt hatte und das sich in der Amtszeit von Strauß zum bis dahin größten deutschen Rüstungsskandal ausweiten sollte. Offenbar waren Schmiergelder an Unionspolitiker geflossen, darunter auch an einen Referenten von Strauß.

Für landesweite Empörung etwa sorgte auch ein Bericht über das herrschaftliche Verhalten des Ministers: Er hatte seinen Chauffeur angewiesen, in Bonn verkehrswidrig abzubiegen, eine Straßenbahn musste scharf bremsen, um eine Kollision zu vermeiden. Polizist Siegfried Hahlbohm, der den Verkehr regelte, kündigte dem Chauffeur eine Anzeige an. Auf der Rückfahrt ließ Strauß seinen Wagen neben dem Beamten stoppen und fragte:

„Haben Sie mein Verhalten von heute früh beanstandet?“

Darauf Hahlbohm: „Ihr Verhalten habe ich nicht beanstandet, Herr Minister.“

Strauß: „Haben Sie meinem Fahrer verkehrswidriges Verhalten vorzuwerfen?“

Hahlbohm: „Jawohl, das habe ich, Herr Minister.“

Der Verteidigungsminister beendete die Diskussion: „Geben Sie mir Ihren Namen, ich werde dafür sorgen, daß Sie von der Kreuzung verschwinden.“

1961 deckte der SPIEGEL auf, dass der Verteidigungsminister seinem US-Amtskollegen die Firma Fibag für den Bau von Tausenden Wohnungen für die in Westdeutschland stationierten amerikanischen

Truppen empfohlen hatte. Die Fibag gehörte unter anderem einem guten Freund von Strauß.

1962 erregte sich die Republik über „Onkel Aloys“, einen Nennonkel der Strauß-Gattin Marianne, der bei Rüstungsgeschäften mit hohen Provisionen bedacht worden und es so innerhalb kurzer Zeit vom Bankrotteur zum Millionär gebracht haben soll.

All diese SPIEGEL-Veröffentlichungen amüsierten Strauß nicht, und es schien nur eine Frage der Zeit zu sein, bis er sich revanchieren würde.

Am 26. Oktober 1962 war es so weit. Der zwei Wochen zuvor publizierte SPIEGEL-Bericht über die bedingte Abwehrbereitschaft der deutschen Truppen schien dem Verteidigungsminister und seinen politischen Freunden perfekter Anlass zu sein.

In Hamburg und Bonn durchsuchten Polizisten, Beamte des Bundeskriminalamts und Soldaten vom Militärischen Abschirmdienst Redaktionsräume und Privatwohnungen von SPIEGEL-Mitarbeitern. Überfallartig nahmen Polizei und Staatsanwälte die Hamburger Zentrale des Nachrichten-Magazins ein, mehrere Redakteure, darunter Rudolf Augstein, wurden festgenommen. In Spanien ließ Strauß den dort urlaubenden Titelautor Conrad Ahlers widerrechtlich festnehmen, und Bundeskanzler Adenauer rief öffentlich zum Anzeigenboykott gegen das Magazin auf. Im Bundestag ereiferte er sich über einen „Abgrund von Landesverrat“.

Nur weil andere Verlagshäuser aushalfen, konnte der SPIEGEL in dieser Zeit weiter erscheinen. Gleichzeitig gab es landesweite Proteste und Demonstrationen gegen den Versuch, die Pressefreiheit einzuschränken – „SPIEGEL tot – die Freiheit tot“, skandierten Tausende Menschen vor dem Hamburger Untersuchungsgefängnis, in dem Augstein einsaß.

Das Ende der Affäre war nicht im Sinne des Erfinders: Der Bundesgerichtshof lehnte die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen Augstein und Ahlers mangels Beweisen ab. Bundesverteidigungsminister Strauß indes musste zurücktreten, weil er das Parlament über seine Rolle belogen hatte.

Schließlich profitierten Demokratie, Pressefreiheit und der SPIEGEL selbst. Das Hamburger Magazin gewann nicht nur an Einfluss und Auflage, sondern es war, wie der Historiker Norbert Frei schrieb, zum „Symbol und publizistischen Motor“ einer sich liberalisierenden, modernen Gesellschaft geworden.

Hans-Ulrich Stoldt



„WIE LIQUIDIERT MAN STALIN?“

Ungarische Politikerin Anna Kethly, 1956



„ZU VIELE GESETZE ZU GLEICHER ZEIT“

Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard, 1957



„WIR KENNEN DEN DEUTSCHEN MILITARISMUS“

SED-Vorsitzender Walter Ulbricht, 1957



„MAN HAT MICH SEELISCH GELYNCHT“

Sopranistin Maria Callas, 1958



„WIR ALLE SIND LUTHERS OPFER“

Schriftsteller Jean-Paul Sartre, 1960



„ICH BIN BEREIT, MIT OSTBERLIN ZU VERHANDELN“

Berlins Bürgermeister Willy Brandt, 1962



„WIR HÄTTEEN AUF DIE MAUER REAGIEREN SOLLEN“

Ehemaliger Vize-Präsident Richard Nixon, 1963



„ALLE SIND IM GRUNDE REISEMÜDE“

Dirigent Herbert von Karajan, 1963

„SO WURDEN WIR ANGEFANGEN“

Rudolf Augstein über den Beginn des SPIEGEL

1997 Hannover, anderthalb Jahre nach Kriegsende: Drei britische Soldaten, Major John Chaloner und die Stabsfeldwebel Harry Bohrer und Henry Ormond, wollten die besiegten Deutschen für die menschliche Kultur zurückgewinnen. Das Instrument, das sie sich für diesen Zweck ausgedacht hatten, waren wir.

Der Krieg war zu Ende. Entscheidende Zentren der Rüstungsindustrie, wie die Lübecker Marienkirche, der Dresdner Zwinger und die Freiburger Altstadt, waren von den Alliierten ausgeschaltet worden. Der Kölner Dom, er ausgerechnet, stand noch. Was tun? Die Briten gaben im ehemaligen Königreich Hannover die Initialzündung. Jeder freute sich, dass es eine britische Zone gab, nur weil die britische keine russische Zone war.

Ein „News Magazine“, ein Nachrichten-Magazin, tat not, so meinten die drei Uniformträger 1946. Was das sei? Nun, eben ein Nachrichten-Magazin. Sie zeigten eines vor, es hieß „News Review“, wurde in England gedruckt und lebte nicht mehr lange. Sie übersetzten uns einige Artikel und sagten: so etwa. Und natürlich: objektive Nachrichten, um der besseren Lesbarkeit willen in Handlung eingebettet, mit Ursache, Ablauf und Wirkung. Und unter besonderer Betonung des Persönlichen: Alter, Schlips, Haarfarbe, verstanden? Okay, sagten wir. Lange würde der Spuk ja wohl nicht dauern ... So fingen wir an, so wurden wir angefangen.

15 000 Auflage, Startkapital 70 000 Reichsmark, Titel „Diese Woche“. Es dauerte nicht lange. Die Zeitschrift – ich als einziger ihrer Angestellten stehe heute (1997 –Red.) noch im SPIEGEL-Impressum – tanzte nur sechs Wochen. Schließlich war sie eine Publikation der britischen Militärregierung, ein „British Paper“. Die drei anderen Militärregierungen spielten mit den Muskeln, sie protestierten. Auch die Regierung in London wurde ungemütlich. Nach der dritten Ausga-

be musste das ganze Heft Wort für Wort in Berlin zensiert werden ...

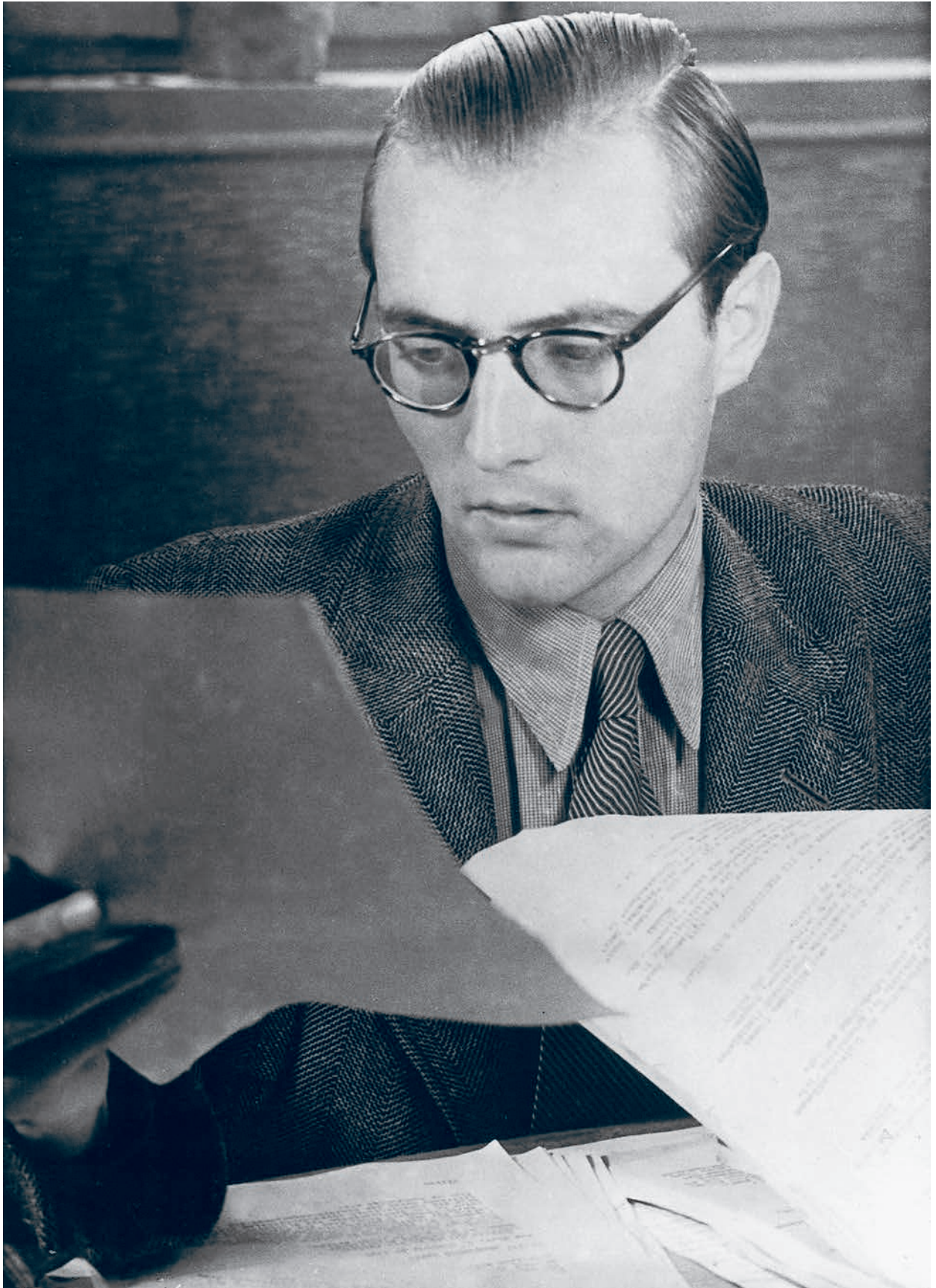
Wir weigerten uns, so weiterzumachen. Die Briten entledigten sich des lästigen Kuckuckskindes, indem sie es den Deutschen abtraten und mir über Nacht eine vorläufige Lizenz gaben. Bedingung: ein neuer Titel bis morgen früh. Mir fiel nichts ein. Ich fragte meinen Vater, was besser klinge, „Der Spiegel“ oder „Das Echo“. Er sagte: „Der Spiegel“ ...

Ein Nachrichten-Magazin hatte es bis dahin in Deutschland nicht gegeben. „Time“, von Henry R. Luce und Briton Hadden 1923 ins Leben gerufen, war die Mutter aller Nachrichten-Magazine. Über England mit „News Review“ erreichte dieser neue Zeitschriftentyp das damals noch besetzte Deutschland. Die Parole von „Time“: Das Blatt müsse so aussehen, als sei es von einem Menschen für einen anderen Menschen geschrieben worden, konnten wir allerdings nicht durchhalten. Jeder Artikel hätte gestylt, hätte umgeschrieben werden müssen. Dazu reichte unsere Erfahrung nicht aus.

Viele für uns Deutsche ungewohnte Dinge übernahmen wir jedoch. Wir erfanden neue Elemente und fügten sie hinzu. Henry Luce, der selber wenig schrieb, gab seinem Blatt die Tendenz vor, in welche Richtung die Artikel geschrieben oder umgeschrieben werden mussten.

Für unsere kleine Truppe aber galt der Satz: „Wir wollen das schreiben, was wir, hätten wir dieses Blatt nicht, anderswo lesen wollten.“ Bei uns allen stand die politische Überzeugung im Vordergrund. Sie fächerte sich im Lauf der Jahre naturnotwendig auf. Eisern aber blieb der Grundsatz, vor keiner Autorität, nicht einmal vor einer befreundeten, zu kuschen. Diese Gesinnung hat den SPIEGEL groß gemacht. Sie wird ihm weiterhin voranhelfen.

„Wir wollen das schreiben, was wir, hätten wir dieses Blatt nicht, anderswo lesen wollten.“



Rudolf Augstein, 1947



Rudolf Augstein mit Sekretärin, 1947

DAS SPIEGEL-STATUT

Der **SPiegel** ist ein Nachrichten-(Neuigkeiten-)Magazin. Darum muss der **SPiegel**

1. aktuell sein,
2. einen hohen Nachrichten-(Neuigkeiten-)Gehalt haben. Dabei muss er andere, d. h. persönlichere, intimere, hintergründigere Nachrichten (Neuigkeiten) mitteilen und verarbeiten, als sie die Tagespresse darbietet,
3. interessant sein. Das heißt: Er muss mit sicherem journalistischen Instinkt die aktuellen Vorgänge erkennen, von denen sofort angenommen werden kann, dass sie einen breiten Kreis normal interessierter Laien betreffen, angehen, beschäftigen.

Alle im **SPiegel** verarbeiteten und verzeichneten Nachrichten, Informationen, Tatsachen müssen unbedingt zutreffen. Jede Nachricht und jede Tatsache ist vor der Weitergabe an die Redaktion peinlichst genau nachzuprüfen. Quellen sind in jedem Fall informativ mitzuteilen. In Zweifelsfällen ist eher auf eine Information zu verzichten, als die Gefahr einer falschen Berichterstattung zu laufen.

Die Form, in der der **SPiegel** seinen Nachrichten-(Neuigkeiten-)Gehalt interessant an den Leser heranträgt, ist die Story. Damit ist gemeint, dass der Bericht über ein aktuelles Geschehen in Aktion (Handlung) umgesetzt werden sollte. Der Leser soll dadurch den Eindruck gewinnen, dass er selbst bei dem Geschehen dabei ist, es in allen Phasen miterlebt. Er soll dabei aber auch mehr miterleben, mehr sehen, mehr Eindrücke und Perspektiven gewinnen, als es dem normalen Zuschauer möglich ist. Nichts interessiert den Menschen so sehr wie der Mensch. Darum sollten

alle **SPiegel**-Geschichten einen hohen menschlichen Bezug haben. Sie sollten von dem oder den Menschen handeln, die etwas bewirken. Der Idealfall: An einer Person wird eine ganze Zeitströmung (das ganze jeweilige Geschehnis, der ganze Vorgang, die aktuelle Begebenheit) in ihren Hintergründen, Ursachen, Anlässen, bewegenden Momenten und Auswirkungen aufgezeigt.

Jede **SPiegel**-Geschichte soll auf einer möglichst großen Zahl von Tatsachen, Begebenheiten, Nachrichten, Neuigkeiten aufbauen. Sie hat diese Tatsächlichkeiten so zu geben, wie sie sich dem gutwillig Unvoreingenommenen darbieten. Sie hat sie nicht mit dem Zeigefinger oder mit dem Zaunpfahl auszudeuten, d. h. der **SPiegel** stellt die Dinge einfach in ihrer Wirklichkeit dar, so wie er sie durch das Auge seines Korrespondenten selbst sieht. Er versucht, die Tatsächlichkeiten widerzuspiegeln, er tut das in möglichst vielen Bezügen, in Vordergrund und Hintergrund, im Detail und im größeren Zusammenhang. Er beurteilt die Dinge zwar, aber die Bewertung soll möglichst in der Schilderung enthalten sein. Sie soll möglichst nur in dem verschiedenen Schwerkicht der nebeneinandergestellten Argumente zum Ausdruck kommen. Die direkte Schlussfolgerung, den Kommentar, überlässt er dem Leser. Die Wirkung des **SPiegel** ist indirekt, er dient keiner Partei, keiner Konfession, keiner Interessengruppe. Er ist, auch finanziell, unabhängig. Der oberste Zweck: Die richtig eingeordnete Information, die einfach geschrieben, klar verständlich, angenehm lesbar, journalistisch fesselnd, ja unterhaltend und ausgesprochen amüsant dargeboten werden soll.

MILLIONEN IM SCHATTEN

Über zwei Millionen deutsche Soldaten befinden sich noch in Gefangenschaft.

1947 Die amtliche sowjetrussische Nachrichtenagentur Tass überraschte mit den ersten Zahlenangaben über deutsche Kriegsgefangene in Rußland. Danach sind noch 890 532 Deutsche in russischen Händen, während 1 003 974 Gefangene seit der Kapitulation bereits nach Deutschland zurückkehrten.

Zwei Tage vorher hatte Englands Ernest Bevin von Molotow konkrete Unterlagen über die deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR gefordert. Nach Schätzung der britischen Delegation befinden sich noch drei Millionen Deutsche in russischer Gefangenschaft.

Zum erstenmal ist die russische Regierung in der Frage der deutschen Kriegsgefangenen von ihrem Prinzip des beharrlichen Schweigens abgegangen. Ende Januar hatten die Amerikaner im Alliierten Kontrollrat einen letzten Vorstoß unternommen, das Problem der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland vor dem Kontrollrat zu besprechen und die genaue Zahl der Gefangenen anzugeben.

Nach Scheitern dieses Versuchs erklärte ein hoher Beamter der amerikanischen Militär-Regierung in Berlin, bei Kriegsende hätten sich etwa vier Millionen deutsche Kriegsgefangene in russischen Händen befunden. Rund 755 000 seien inzwischen von den Sowjets entlassen worden. Das Schicksal von weiteren 200 000 Gefangenen sei aus verschiedenen Gründen – Tod, Flucht usw. – nicht mehr festzustellen.

Auch George Meader, der Berater der Kriegsuntersuchungskommission des USA-Senats, gab im Dezember 1946 die amtliche Schätzung ab, daß noch drei Millionen deutsche Kriegsgefangene in Rußland seien. Diese Zahl stützt sich auf Dokumente, die der Amerikaner auf einer dreiwöchigen Untersuchungsreise in Europa sammelte.

Der größte Teil der Entlassungen aus der russischen Kriegsgefangenschaft fällt in die Zeit von Kriegsende bis Sommer 1946. Nach der Kapitulation

hatten die Russen in Deutschland, Ostpreußen und im Baltikum große Gefangenenlager errichtet. Nach anfänglichen Entlassungen wurden die Lager aufgelöst und die Insassen nach dem Osten abtransportiert.

Seit dem Sommer letzten Jahres wurden Entlassungen nur noch als „Heimkehrer-Transporte“ über Frankfurt/Oder durchgeführt. Jeder in Frankfurt einlaufende Zug wurde mit östlichem Propaganda-Aufwand bewillkommnet. Aber trotz organisierter Heimkehr sanken die Entlassungsziffern beträchtlich herab. Am 24. Februar meldete der russisch lizenzierte Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst als Gesamtergebnis der planmäßigen Aktion 163 533 rückgeführte Kriegsgefangene und 18 429 Zivilinternierte.

Außenminister Marshall gab in Moskau die Zahl der Wehrmachtsangehörigen in amerikanischer Hand bekannt: 30 976 Mann. Davon sind 103 als Kranke oder als Häftlinge wegen begangener Verbrechen in den USA, 1175 dienen in Frankreich in Arbeitsgruppen des amerikanischen Gräberdienstes und 13 825 befinden sich wegen Transportschwierigkeiten noch in Italien. Jedoch würden aus Italien wöchentlich 1000 nach Deutschland zurückgeführt.

In der amerikanischen Zone stehen 15 873 Kriegsgefangene im Entlassungsverfahren. Vor Juni dieses Jahres würden auch die 8879 Dienstgruppenangehörigen in der amerikanischen Zone entlassen werden.

Die Gesamtzahl der deutschen Gefangenen in britischen Händen ist 435 295. Davon werden monatlich 17 500 nach Deutschland zurückgeführt. Ab 1. Juli soll die Zahl auf 20 000 und später weiterhin erhöht werden.

Die Franzosen halten noch 631 483 ehemalige Soldaten gefangen, davon 593 276 in Frankreich, 19 601 in Nordafrika und 18 606 in der französischen Zone Deutschlands. Nach den neuabgeschlossenen französisch-amerikanischen Abkommen über Kriegsgefangene werden die Franzosen monatlich 20 000 Gefangene nach Deutschland entlassen oder ihnen die Möglichkeit geben, als freie Arbeiter in Frankreich zu bleiben. Die 50 000 in den Bergwerken arbeitenden Kriegsgefangenen fallen nicht unter das Abkommen.

Über die Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Polen veröffentlichte der Pressedienst der polnischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat kürzlich nähere Einzelheiten. 30 000 deutsche Gefan-

gene arbeiten in den Kohlengruben der Zentralverwaltung. Weitere 14 600 Deutsche unterstehen der direkten Aufsicht des Gefängnis-Überwachungsamtes.

Nach dem Bericht erhält jeder Gefangene morgens gesüßten Kaffee und 600g Brot, mittags 1 Liter dicke Suppe und abends ebenfalls 1 Liter Suppe. Schwerarbeiter bekommen zusätzliche Ernährung, der Kalorienwert für die arbeitenden Gefangenen soll täglich 2800 Kalorien betragen.

Um 5 Uhr morgens wird geweckt, von 7 bis 17.30 Uhr gearbeitet, unterbrochen von einer einstündigen Mittagspause. Im Lager wird bis 21 Uhr weitergearbeitet. ■

SCHRIFTSTELLER

EIN DEUTSCHER WELTBÜRGER

Thomas Mann kehrt nicht nach Deutschland zurück.

1947 Thomas Mann umkreist Trümmer-Deutschland. Er besucht Europa. Er sprach in London über sein Lieblingsphänomen Nietzsche, den er ein „unpolitisches Genie“ nannte. Er feierte den englischen Sozialismus und lehnte Churchills Europa-Pläne ab. Er nimmt in Zürich am Kongreß des PEN-Clubs teil und will auch nach Italien und Frankreich reisen. Das Land zu besuchen, das seine Heimat war und das ihn in die Emigration trieb, hat er sich noch nicht entschlossen.

Vor Jahresfrist hatte er an Walter von Molo geschrieben: „Bin ich aber einmal dort (in Europa), so ahnt mir, daß Scheu und Verfremdung, diese Produkte bloßer 12 Jahre, nicht standhalten werden gegen eine Anziehungskraft, die längere Erinnerungen, tausendjährige, auf ihrer Seite hat.“ Nun aber hat er das Gefühl, daß er „unter dem Schutz der alliierten Bajonette nach Deutschland käme“, und der Unentschlossene will den Besuch verschieben, „bis mit den Deutschen besser zu reden sein wird“.

Ganz nach Deutschland zurückzukehren hat der nunmehr 72jährige schon damals in dem gleichen Brief abgelehnt. „Englisch sprechende Enkel wachsen um mich auf“ und: „Ich habe mir an dieser Zukunft atmenden Küste mein Haus errichtet, in dessen Schutz ich mein Lebenswerk zu Ende führen möchte – teilhaft einer Atmosphäre von Macht, Vernunft, Überfluß und Frieden.“

Auch Worte des Verstehens und der Zusammengehörigkeit fanden sich in der Antwort, aber sie waren meistens unter die Redaktionstische gefallen. Und der Schriftsteller Frank Thieß machte sich zum Sprecher des nationalen Unwillens, den die Deutschen ihrem berühmten Dichter – amerikanische Stimmen nennen ihn den „ersten Schriftsteller der Welt“ – entgegenbrachten. Viele, weil sie ein schlechtes Gewissen hatten, viele aber auch, weil sie fanden, Thomas Mann urteile seit etlichen Jahren über Dinge, die man aus der Ferne nicht übersehen könne. „Kalifornien ist weit“, sagte Thomas Mann in London, als er nicht über Politik, sondern über den deutschen Schriftstellernachwuchs befragt wurde.

Als er über die Möglichkeit eines Besuches in Deutschland sprach, erwähnte er die Tatsache, daß solch ein Besuch ja doch notgedrungen politischen Charakter haben würde. Der ehemalige „Simplizissimus“-Redakteur war aber eigentlich immer ein unpolitischer Mensch, und wenn er gegen Ende des letzten Krieges sein eminent kluges politisches Bekenntnisbuch „Betrachtungen eines Unpolitischen“ nannte, so war dies nicht die (manchmal spürbare) Koketterie des Schriftstellers.

„Mich hat der Teufelsdreck, der sich Nationalsozialismus nennt, den Haß gelehrt“, sagte Thomas Mann im Rundfunk. Auch aus seinen jüngsten Äußerungen klingt, da man dem feinnervigen Psychologen Unverständnis eigentlich nicht zutrauen kann, ein Unterton von Haß. „Die Deutschen sind durch und durch egoistisch“, erklärte der Dichter der „Buddenbrooks“ dem Vertreter des „Daily Herald“, „sie empfinden noch einen gewissen Stolz bei der größten Tragödie der Weltgeschichte, nämlich ihrer eigenen.“ Sie seien grundsätzlich nicht dazu bereit gewesen, mit den Alliierten zusammenzuarbeiten.

Thomas Mann hat den Deutschen verziehen, daß ihm der Ehrendoktor der Universität Bonn aberkannt wurde. Aber er hat ihnen nicht verziehen, daß er

durch sie an eine Rolle gelangt ist, die ihm nicht liegt: die des politischen Mahners. Er hat sich häufig genug dagegen verwahrt, den „praeceptor Germaniae“ zu spielen.

Er wollte ein deutscher Dichter und Weltbürger sein, so wie er ihn in der Gestalt seines neuen Buches „Lotte in Weimar“ dargestellt hat.

Immer hat Thomas Mann seinem Volke die Wahrheit gesagt. Aber er hat sie nicht immer in demselben düsteren Licht gesehen, das der Nationalsozialismus über Deutschland zurückließ. Noch im Jahre 1919 schreibt der 50-Jährige: „Ich bekenne mich tief überzeugt, daß das deutsche Volk die politische Demokratie niemals wird lieben können, aus dem einfachen Grunde, weil es die Politik selbst nicht lieben kann, und daß der viel verschrieene ‚Obrigkeitsstaat‘ die dem deutschen Volk angemessene, zukünftliche und von ihm im Grunde gewollte Staatsform ist und bleibt.“

Und selbst nach dem Hitler-Krieg unternahm er es, wie er selbst an Walter von Molo schreibt, vor amerikanischen Zuhörern das „böse Deutschland“ als das „fehlgeschlagene gute“ zu erklären, „das gute in Unglück, Schuld und Untergang“. Die Theorie von den beiden Deutschland, einem guten und einem bösen, lehnte Thomas Mann ab. Er habe alles auch in sich verspürt. „Das war ja wohl das, was man eine Solidaritätserklärung nennt“, heißt es in dem Brief an Molo.

Allerdings hat Thomas Mann das „böse Deutschland“ ziemlich zeitig im Visier gehabt. Am 17. Oktober 1930 hielt er im Beethoven-Saal zu Berlin seine berühmte „Deutsche Ansprache“. „Ist das Wunschbild einer primitiven, blutreinen, herzense- und verstandeschlichten Hacken-zusammenschlagenden, blauäugig gehorsamen und strammen Biederkeit auch nach zehntausend Ausweisungen und Reinigungsexekutionen zu verwirklichen?“ fragte er.

Thomas Mann war zur Erholung (und zur Bedenkzeit) nach Küßnacht in die Schweiz gefahren und wurde erst von seinen Kindern Klaus und Erika bestimmt, seine einzig bestimmende „Tat“ zu tun: zu emigrieren. Es war das erste, einmalige und klare „Nein“ seines Lebens, und er ist ihm treu geblieben bis zum heutigen Tag. Der deutsche Weltbürger wurde amerikanischer Bürger. Er will es bleiben. ■

WÄHRUNGSREFORM

DER BILLIGSTE TAG

Die neue Deutsche Mark macht den Schwarzhändlern das Leben schwer.

1948 Am Vorabend des Tages X machten an die 40 Schwarzmarktjobber noch einen Umzug vor dem Kölner Hauptbahnhof. Mit weißer Schlägermütze, Camel, Schnaps und einem großen Plakat: Umschulung der Schwarzhändler.

Am Sonntagnachmittag standen sie dann grämlich vor Kölns Porta Nigra, dem Eigelsteintor, und verhökerten die Ami[-Zigarette] für 60, die [deutsche] Bosco für 30 D-Pfennige. Dieses ungewohnte Sonntagsgeschäft hatte kaum Zulauf.

Immerhin ging es den Kölnern noch besser als den Kollegen in Bremen, die eine harte Runde gegen die Polizei verloren. Dort fuhr am Sonntag die grüne Minna pausenlos und kassierte Schwarzhändler. Wo es Widerstand gab, tanzte der Gummiknüppel. Polizeidirektor Franz Loch und Polizeisenator Adolf Ehlers mischten sich höchstselbst unter das Bahnhofspublikum, um die schwarze Zunft aufzuspüren, zu vernichten und so die neue Währung psychologisch zu stützen.

Die Schwarzhändler beriefen sich auf die Demokratie und drohten mit Senats-Beschwerden wegen Beraubung der persönlichen Freiheit.

Umgekehrt waren sie allerdings für Appelle an das menschliche Gewissen taub: Ein Notruf der Inneren Mission nach vernichtungsreifem Reichsmarkgeld als Kopfquoten-Äquivalent für Minderbemittelte brachte nur 400 Mark. Und die kamen nicht vom organisierten Schwarzhandel.

Trotz guter Absichten der Herren Loch und Ehlers experimentierte schon am Samstag, ehe noch das neue Geld da war, die schwarze Kunst über ganz Deutschland mit neuen Gold-Formeln. Zu drei alten Reichsmark hatte am Sonnabend die deutsche Zigarette in Düsseldorf den 30-Pfennig-Kurs, der zwar im ersten hysterischen Bargeld-Run der Schwarz-Detaillisten unterboten, später aber schon allmählich wieder erreicht wurde.

In ihrer Geldnot richteten sich die Kleinen, die verkaufen mußten, nicht mehr nach ihren Börsen,

sondern über- oder unterboten, wie es gerade kam. Meist unterboten sie. Der Tag X war der billigste Tag seit Jahren.

In der Bizonen-Metropole Frankfurt hatten sich allerdings am Sonntagabend die Normpreise des Verschlepptenlagers Zeilsheim schon durchgesetzt. Die Packung Ami kostete 4,50 bis 5 D-Mark. Die Frankfurter quittierten diese Entwicklung mit überraschtem Lächeln, denn sie mußten für ihre Sonderzuteilung amerikanische Zigaretten 6 Mark à 20er-Packung zahlen.

Während Butter anfangs für 10 D-Mark nur sparsam auf den Markt kam, sank im Laufe des Mittwoch der Frankfurter Butterkurs auf 8 Mark.

Erfahrungsgemäß ist die Frankfurter Preisskala ein sicherer Seismograph für kommende bizonale Schwarzbörsen-Tendenzen. Der Kaffee, der in der ersten Frankfurter Deflationspanik auf 3,50 Mark gestanden hatte, kletterte langsam über 6 auf 9. Vor der Verkündung der Steuerreform, die eine starke Erhöhung der Kaffeesteuer bringt, stand er bei 14 Mark. Am Mittwoch wurde Kaffee nicht mehr gehandelt. Der Markt hatte von oben Auftrag, erst einmal die Steuerentwicklung abzuwarten.

Außerhalb der Diktatsphäre des schwarzen Frankfurter Engros-Geschäfts tastete das Detail mit Ausschlag zwischen 10 und 45 nach der neuen Kaffee-Balance zwischen Angebot und Nachfrage.

Kaffee stand stellenweise über einem Zehntel der alten Reichsmarkurse, während ein Hamburger Wirtschafts-Informationsdienst ein Zehntel der alten Preise als langsam durchdringende Faustregel der schwarzen Kunst ermittelt haben will.

Er verweist allerdings zugleich auf die Möglichkeit, daß der Warendruck nachläßt und die Preise steigen: Sobald der Schwarzhandel im Besitz der ersten baren Überbrückungsmittel sei, werde er möglicherweise zuwarten, bis sich nach den ersten Lohnzahlungen die matte Kopfquoten-Kaufkraft stabilisiert. Auf der anderen Seite wird, immer noch von dem gleichen Dienst, erwogen, ob nicht der Druck bisher noch geschlossener Lager schwarzer Grossisten und stockende Lohnzahlungen die Preise weiter drücken werden.

Am frappantesten war für Frankfurt die unfreundliche Tendenz an der Liebesbörse. Mit dem ungeahnten Sturz der amerikanischen Zigaretten und

der Lebensmittel wurden über Nacht mehrere tausend Mädchen, die sich illegal von Frankfurts einzigartigem Liebes-Schwarzmarkt nähren, mittellos und warfen zum ersten Male in der Okkupationsgeschichte interessierte Augen auf deutsche Passanten.

Bislang hatten sie pro Übernachtung eine Packung Zigaretten an ihre Wirtsleute bezahlt, die nun über Nacht nur noch 5 DM wert war. Selbst die Dollarentlohnung durch den boy friend ist nicht mehr so reizvoll, seit nach einem Montagskurs von 10 DM der grüne Originaldollar – also nicht der billigere Besatzungsdollar – auf 8 Mark absackte.

Auch in Berlin fiel der Frauenkurs scharf, sogar unter Käse. Während in den kurzen Tagen zwischen Westreform und Berliner Doppelreform das schwarze Geschäft von inflationistischem Fieber geschüttelt wurde (ein Schmelzkäschen 100 Reichsmark), ging der Liebesmarkt nicht mit und notierte auf der Friedrichstraße 80 RM inklusive Zimmer.

Damen der gleichen Zunft am Kurfürstendamm und in der Augsburger Straße, im allgemeinen doppelt so teuer, horteten ihre Schätze. Bei schwachem Straßenangebot wurden motorisierte Interessenten gegen Textil- oder Chesterfield-Abrechnung bevorzugt.

Die Bescheinigung über Teilnahme am Volksbegehren wurde in den Westsektoren mit 20 Reichsmark gehandelt. Für dieses östliche Wertpapier bestehen neuerdings freundliche Börsentendenzen. Man vermutet, daß es, in die Relationen der neuen Dezimalbrüche übertragen, noch beträchtlich steigen wird.

Schlager der Berliner Hausse war das alte deutsche 20-Reichsmark-Stück, für das vom organisierten Aufkauf 10 000 RM gegeben wurden.

In Frankfurt blieb sogar mit altem Papiergeld der Handel noch bis zum Montagabend im Gange, Verschleppte aus dem Zeilsheimer Lager zeigten noch Interesse. Die Deutschmark wurde stellenweise mit 60 RM, der Dollar mit 5000 RM gehandelt, und es gab Ami-Zigaretten noch zu 50 RM, Butter zu 1000 RM, einen Maybach zu 80 000 RM.

Nur einzelne, selbst der Kripo unbekannte Amateure kennzeichneten am Montag um den hannoverschen Hauptbahnhof ihre Standplätze

Am frappantesten war für Frankfurt die unfreundliche Tendenz an der Liebesbörse. Auch in Berlin fiel der Frauenkurs scharf, sogar unter Käse.

mit an die Zäune gehefteten 100-Mark-Scheinen. Ein paar andere Greenhorns verkauften in den Bahnhofshallen noch für Reichsmark erstandene Fahrkarten nach gefragten Plätzen zu D-Mark-Vorzugspreisen.

Leute mit ähnlich gutem Verkehrsnerv hatten schon vorher in den Bädern panische Abreiseangst für sich umgewertet. In Garmisch zahlten verängstigte Sommergäste 1000 bis 3000 Mark für eine Zulassungskarte. Berittene Polizei mußte den Bahnhof sperren, und Verzweifelte blieben in Massen sitzen.

Die Selbstmordkurve stieg allerdings nach amtlicher Auskunft in Bayern nicht. Im Gegensatz zur Umstellung auf Rentenmark von 1923. ■

BERLIN-BLOCKADE

LIEBER DIE KLAVIERE

Nach der Währungsreform sperrt die Sowjetunion die Zufahrtswege in die Westsektoren.

1948 Mit Fernstechern starren die hungrigen Westberliner vom höher liegenden S-Bahnhof Tempelhof auf das weite Tempelhofer Flugfeld und auf ihre Kalorien, die durch den Himmel aus dem Goldenen Westen heranbrummen. Die blockadebrechenden Transportflugzeuge ziehen in stetigem Strom Tag und Nacht durch den Luftkorridor über die blockierte Sowjetzone hinweg, radargesteuert zwischen Rhein-Main und Tempelhof und unterwegs von neugierigen sowjetischen Jägern beäugt. Das Dröhnen der Transporter beruhigt die Magensäfte der Berliner, die unter Sternenbanner, Union Jack und Trikolore leben und trotzdem essen wollen.

Zuerst war man im Washingtoner War-Department skeptisch gewesen, ob die amerikanische Luftwaffe in Europa 2,5 Millionen Menschen Westberlins durch die Luft versorgen könne. Aber nachdem die Experten des Kriegsministeriums noch einmal alles durchkalkuliert hatten, war man sich

einig: Es geht. In den Alleebäumen entlang dem Lattenzaun des Flughafens Berlin-Tempelhof hocken Menschen und freuen sich, daß Amerika soviel Sprit hat (eine zweimotorige C 47 Douglas tankt 1400 Liter Sprit für jeden Berlin-Trip).

Viel zu sehen gibt es nicht. Alle acht bis zehn Minuten etwa schwebt eine Maschine ein, setzt elastisch auf den geschorenen Rasen, rollt aus und wird von einem quittegelben Jeep zum Entladen gelotst. Dafür ist Hangar 6 zuständig.

Hier residiert Captain Herbert A. Fiedler. Mit breitschultriger Gelassenheit sorgt der Deutsch-Amerikaner dafür, daß alles klappt. Die Ladung einer C 47 (etwas über 2 t) muß in höchstens 10 Minuten aus dem Flugzeugrumpf in Lastwagen verfrachtet sein.

Die Säcke mit dem superweißen kanadischen Mehl werden auf Laderollen geworfen. Dort rollen die zwei Zentner a tempo auf den Laster hinab. Außer Mehl kommen Zucker, Fleischkonserven, Fett, Obstkonserven.

Pharmazeutische Artikel und die entbehrte Zivilpost aus Westdeutschland sind die übrigen Frachtgüter für die Festung Berlin. Nächste Woche sollen 1000 bis 1500 Tonnen täglich von den Amerikanern nach Berlin geflogen werden. Die Engländer wollen täglich 500 bis 1000 Tonnen mit 200 viermotorigen Yorks und zweimotorigen Dakotas heranschaffen. Mindestens 2000 Tonnen Lebensmittel brauchen nach den Schätzungen der Amerikaner die Berliner Westsektoren auch jeden Tag.

Alle acht Minuten startet eine Maschine der US-Luftmacht auf der breiten zementierten Startbahn des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens, für die 750 POWs ein Jahr ihrer Gefangenschaft geopfert haben. Etwas über zwei Stunden dauert der Flug bis Berlin.

Einer der Piloten hat Generalsterne auf den Schultern: General Curtisse Le May, Clays glatt-rasierter Bomberchef, hat es sich nicht nehmen lassen, selbst die Nabelschnur nach Berlin abzufliegen.

Der Flughafen Tempelhof ist durch die Großoperation des American Air Service zum Treffpunkt von Mikrofonen, Kameras und Bleistiften geworden, wobei allgemein ein gewisser Zweckoptimismus

Pharmazeutische Artikel und die entbehrte Zivilpost aus Westdeutschland sind die übrigen Frachtgüter für die Festung Berlin.

mit der Tendenz zum Rosigfärben auf Band, Platte oder Papier gebannt wird. Erwartungsvoll harrt alles der ersten C-54-Skymaster. Bis sie kam, wurden zum 55. Male die Mehlsäcke aus der C 47 fotografiert.

„Die sollen mal lieber die Klaviere aufnehmen, mit denen die Flugzeuge zurückfliegen“, sagt ein mürrischer deutscher Hilfsarbeiter. Er ist unzufrieden. Die Arbeit auf dem sonst gemütlichen Flughafen hat sich verdoppelt. Dafür wurde die warme Mahlzeit aus Ersparnisgründen gestrichen.

Rückfracht der Flugzeuge wird allerdings nicht geknipst. Im Hangar 6 stehen zehn mehrtonnige Sattelschlepper hochbeladen mit Kisten für Adressaten in Colorado, Ohio und anderen Sternstaaten, mit Büro- und anderen Möbeln für Frankfurt. „Das eine ist Großgepäck inzwischen heimgekehrter Amerikaner, das andere sind Einrichtungen nach Frankfurt verlegter Dienststellen“, sagt die Flugleitung bestimmt.

Die Wartehalle des Flughafens wird von den Besatzungen der Maschinen bevölkert. Neben eleganten New-look-Kleidern der Passagiere des Zivilverkehrs sitzen Piloten in ölbeschmierten Kombinationen. In den drei bis vier Stunden Berliner Aufenthalt machen sie schnell einen Trip in die Ruinenstadt der vier Sektoren. Dann starten sie wieder gen Rhein-Main.

„Wir werden bald alle vier Minuten eine Maschine starten lassen“, sagen die Männer auf dem Rhein-Main-Kontrollturm. „Das ist öfter als die Frankfurter Straßenbahn, die fährt nur alle zwanzig Minuten.“

Im amerikanischen Luftwaffenhauptquartier in Wiesbaden lenkt Brigadegeneral Josef Smith die „Operation Berlin“. Schlechtes Wetter könnte einen Strich durch die Luftrechnung machen, befürchten seine Offiziere. Vorläufig brummt es aber noch ununterbrochen, und es gibt Piloten wie den Leutnant W. F. Shotwell aus Auburn, New York, der innerhalb 48 Stunden sechsmal die Strecke Wiesbaden–Berlin abgeflogen ist.

Denn auch Wiesbaden ist Absprunghafen für Berlin geworden. Zweimal täglich fliegen die Piloten, die Maschinen dreimal. Zweimal bei Hellem und einmal im Dunkeln. Ununterbrochen. Bis die Russen wieder Züge fahren lassen. ■

KOMMENTAR

SOLL MAN DIE DEUTSCHEN BEWAFFNEN?

Rudolf Augstein über Aufrüstung

1948 Manche Fragen liegen so gefährlich in der Luft, daß niemand sie zu stellen wagt. So tief steckt die Welt noch im Ressentiment, daß lediglich schweizerische Außenseiter den Versuchsballon haben steigen lassen, ob man den Deutschen, dem Volk Hitlers, Waffen in die Hand geben dürfe zur Verteidigung einer Lebensform, die schon Hitler auszulöschen trachtete. Soll man die Deutschen bewaffnen? Die wenigen Diskussionsredner sagen „ja“ oder „nein“. Sie rechnen nicht mit den Situationen, für die der Hic-Rhodos-Philosoph Kierkegaard die Empfehlung gibt: „Hänge Dich oder hänge Dich nicht – bereuen wirst Du beides.“

Zuvor: Es kommt nicht darauf an, ob man den Deutschen eine Armee gibt oder ob man sie in die noch nicht existierende westeuropäische Armee eingliedert. Es kommt nicht darauf an, ob man sie „kontrolliert“ oder ob man ihnen „schwerste Waffen“ verbietet, um sie in Schach zu halten. Das sind technische Fragen, die vorerst nur im nervösen Paris interessieren. Die dort mit Recht interessieren: In einer Armee liegen wirklich Schwergewichte eigener Art. Aber Frankreichs Vorposten stehen am Rhein, und zwischen Rhein und Elbe liegen nur wenige Panzer-Schreck-Stunden.

Was ist nämlich die Situation? Die Russen und ihre Satelliten stehen hinter der Elbe, und niemand kann sagen, wie weit sie zum Kriege gerüstet und entschlossen sind. Das Westeuropa-Blöckchen mit dem französischen Weich-Eisen-Kern ist kein ernsthaftes Gegengewicht. Die Amerikaner und die Russen treiben in Mitteleuropa Politik. Diese Politik kann zum Kriege führen. Die Amerikaner garantieren Mitteleuropa weder tatsächlich noch vertraglich. Es wäre also das primitivste Erfordernis, den Deutschen Westeuropas die Möglichkeit zu geben, an ihrer eigenen Verteidigung und der Westeuropas mitzuwirken.

Von der deutschen Mentalität her spricht nahezu alles dagegen. Viele Nach-Kapitulations-Deutsche wollen – sei es, wie es sei – kein Gewehr mehr anfasen. Das ist verständlich. Sie dürfen durch keinerlei „Wehrpflicht“, auch nicht durch Kalorien-Sanktionen, gezwungen werden. Die wollen, sind vielfach Leute, die für ein Leben zivilen Anstands soeben mit Mühe gerettet worden sind. Oder SS-Rabauken, die zu keinem vernünftigen Gewerbe taugen. Es ist maßlos traurig, daß der wohlmeinende Pazifismus Nürnberger Prägung schon drei Jahre nach Kriegsende in einer Sackgasse festsetzt. Es ist traurig, aber nicht überraschend. Der kleine Lügendoktor hat mit seiner bösesten Prophezeiung recht behalten. Aber wer den Kopf ressentimental in den Sand steckt, den überrollen die Panzer.

Eine Armee kostet Geld – die Besatzungskosten müßten gestrichen werden. Eine Armee verschlingt Arbeitskräfte – dagegen gibt es kein Kraut. Eine Armee ist das Überflüssigste, was es gibt. Sie ist das Wichtigste, was es gibt, wenn die Sklavenhalter schwer bewaffnet die Zähne fletschen. Wer die Freiheit will, muß sie mit allen Konsequenzen wollen. Vielleicht würden sogar Deutsche auf Deutsche schießen, wenn sie es über sich brächten und wenn die Ostdeutschen nicht überlaufen könnten. Das ist die bitterste Aussicht. Aber wenn es wirklich wieder Krieg gäbe, dann steckten die Deutschen ohnehin zwischen den Mahlsteinen. Sie hätten eine größere Chance, mit Waffen ihre persönliche Freiheit zu behalten als ohne Waffen.

Nichts würde die Russen so sicher vom Kriege zurückhalten wie eine deutsche Armee. Nichts würde sie sicherer in einen Krieg treiben als eine deutsche Armee – das ist die Kehrseite. Nichts würde ihnen, namentlich in Frankreich, einen bequemeren Propagandadreh liefern – aber über das Stadium der Propaganda ist man vielleicht schon hinaus. Ihr Mißtrauen dagegen, das Mißtrauen der Asiaten, daß Mißtrauen der leninistischen Revolutionäre, das eingefleischte Kreml-Mißtrauen könnte sich durch eine deutsche Armee bis zur Wahnsinnstat steigern.

Das ist die Schlußfolgerung: Es darf erst eine deutsche Freiwilligen-Armee geben, wenn der Krieg als unvermeidlich erkannt wird. Dann aber muß es eine geben – und dann ist es zu spät. „Hänge Dich oder hänge Dich nicht – bereuen wirst Du beides.“ ■

ADENAUER

ES GIBT NUR EINEN

Die Karriere des Politikers, der die deutsche Nachkriegszeit formen wird

1948 Als die vorrückenden Amerikaner das linke Rheinufer bei Bonn erreichten, feuerten sie drei Granaten auf einen Mann ab, der die beste Aussicht hat, Staatspräsident des neuen amerikanisch inspirierten westdeutschen Staates zu werden: auf Konrad Adenauer, unter dessen Präsidentschaft in der verfassunggebenden Ratsversammlung diese Woche die ersten Konturen des neuen Staatsgerüsts sichtbar wurden.

Die Schweizer „TAT“ glaubt die ersten Anzeichen dafür feststellen zu können, daß Adenauer sich in Bonn „merklich von betont föderalistischen Tendenzen distanziert“ habe, um seine zukünftige Stellung so stark wie möglich zu machen. Damals, vor dreieinhalb Jahren, genoß er den sonntäglichen Frieden seines Gartens in Honnef-Rhöndorf und warf sich ob des kriegerischen Segens platt zur Erde. Der Heldentod blieb ihm erspart. Die Baumkriecher verschonten ihn.

Nun hat der Zonenvorsitzende der britischen CDU sein Präsidentenbüro im parlamentarischen Gebäude zu Bonn. Sein eigentliches Büro hat er in seinem zweistöckigen gelben Landhaus am Fuße des zahnradbahn- und eselsritt-umwobenen Drachenfels mit dem Blick auf den dunstigen Rhein am Rolandseck und auf die Jungfrauen-Internats-Insel Nonnenwerth.

Ein Gebetsstuhl trägt die Aufschrift „Maria Laach 1933–34“. Dorthin zog sich Adenauer einige Jahre zurück, als die Nationalsozialisten ihn, den prominenten Zentrumsmann, den Reichskanzler-Kandidaten von 1926, den Präsidenten des Preußischen Staatsrats, „einen der drei mächtigsten Männer Preußens“, von seinem Posten als Kölner Oberbürgermeister verbannten.

Sie waren nicht die einzigen, die den Starrkopf aus dem Kölner Stadthaus vertrieben. Auch die Engländer setzten ihm 1945 unkonziliant den Stuhl vor die Tür. Die gelassenen Züge des 72jährigen werden bitter, wenn er davon berichten soll. Adenauer wurde

„wegen Unfähigkeit“ entlassen, weil er in der Entrümmerung versagt habe. 1945.

Alles andere erzählt der alte große Mann in den altmodischen Trauerkleidern mit einer erstaunlichen Erinnerungsgabe und bestechendem Freimut.

Adenauer wurde in einer Zeit groß, in der das Geld noch Geld war. Sein Vater, wie die Mutter Rheinländer, mußte sich mit zwölf Jahren schon selbst sein Brot verdienen.

Der junge Konrad hatte eine Schwester und zwei Brüder, von denen der eine als Domkapitular in Köln verstorben ist, während der andere dort heute noch als Rechtsanwalt und Honorarprofessor wirkt. Alle drei gaben Privatunterricht und lieferten das Geld zu Hause ab. Adenauer erinnert sich noch gut, daß in einem Jahr zu Weihnachten kein Christbaum gekauft werden konnte. Die vier Kinder beschlossen, an vier Sonntagen hintereinander mit einem Alltagsessen zufriedener zu sein, um die nötigen 8 Mark einzusparen.

Die schmerzlichste Erinnerung aus der Kinderzeit hängt mit einem Wohnungswechsel zusammen, durch den Adenauer – er war damals Quintaner – den väterlichen Garten einbüßte. Von klein auf war er ein großer Blumenfreund. Die Stadt Köln trägt die Spuren dieser Vorliebe.

Armer Konrad. Der Vater wollte den armen Konrad zum Banklehrling avancieren lassen. Der Sohn war aber so sichtbar unglücklich, daß man ihn doch Jura und Volkswirtschaft studieren ließ. In Berlin machte er seinen Assessor. Doktor ist er nur ehrenhalber, dafür aber gleich vierfach von seiner Universität Köln.

Adenauers Neigung ging immer dahin, mit „nicht übertriebener Arbeit auf dem Lande zu leben“. Er wollte deshalb Notar werden. Der Notar im Rheinland wurde unter Napoleon vom Anwalt getrennt. Er ist eine Vertrauensperson mit sehr lukrativem Untergrund. Immerhin mußte man einige Jahre Assessor hinter sich haben, um Notar zu werden.

Adenauer wurde infolgedessen „Generalsubstitut“ (eine Art Bevollmächtigter) beim Justizrat Kaisen, der ein führender Rechtsanwalt und Zentrumsman war. Er war damals krank, und Adenauer vertrat ihn zwei Jahre. Diese zwei Jahre, in denen er wirklich plädieren mußte, hätten ihm gutgetan, meint Adenauer. Trotzdem fürchtete er, seinen Notar zu verfehlen. Darum wurde er Hilfsrichter.

Da wurde in Köln eine Beigeordnetenstelle frei. Die Beigeordneten waren Vertreter des Oberbürgermeisters, es gab deren elf. Ein anderer sollte Beigeordneter werden. Adenauer ging zu seinem früheren Chef Kaisen und sagte: „Ich bin nicht schlechter als der. Wenn schon ein Beigeordneter ernannt werden soll, warum dann nicht ich?“

Der „Notar auf dem Land“ trat ab, der Kommunalbeamte kam. 1910 wurde er Vertreter des Kölner Oberbürgermeisters mit dem ansehnlichen Gehalt von 16 000 bis 18 000 Vorweltkriegs-Mark jährlich. Er war für die Verpflegung verantwortlich.

1915, zu Beginn des Weltkriegs, warnte er vor der Nahrungsmittelnot. Man verlachte ihn. 1916 starb seine erste Frau, von der er drei Kinder hatte. 1917 schloß sein Chauffeur am hellen Tage ein und fuhr gegen eine Straßenbahn. Adenauer wurde schwer verletzt, die Nase und das ganze Gesicht wurden eingedrückt, so daß es jetzt bei ungünstiger Beleuchtung gewisser östlicher Züge um Nase und Backenknochen nicht entbehrt.

Die Kölner Bürgerschaft schickte eine Abordnung nach St. Blasien, um taktvoll zu erkunden, ob ihr „Zweiter“ noch im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte sei. 1917 wurde er der „Erste“. Er war es bis 1933 und wurde, mit den Worten seines engsten Mitarbeiters und SPD-Oberverwaltungsleiters Hummes, „der bedeutendste unter den drei großen preußischen Oberbürgermeistern der Zeit vor 33“: Adenauer, Jarres (Essen) und Luther (Duisburg).

Für den Fall, daß eine Loslösung des Rheinlandes vom Reich doch noch kommen sollte, für diesen Fall in erster Linie wurde die Universität Köln gegründet, das erste Stadion wurde gebaut, die Kölner Messe eingerichtet. Das Hafen- und Industriegelände entstand, die beiden Grüngürtel als „Lungen der Kölner“ (der äußere ist 35 km lang und 1 km tief), die Brücke von Mühlheim und, vor allen Dingen, viele Siedlungen.

Alle diese Dinge mußten gegen den Widerstand vieler Stadtverordneter und manchmal der eigenen Fraktion demokratisch durchgepaukt werden. Gegen die Gründung der Universität waren nahezu alle Stadtverordneten, und seine eigene Fraktion schickte eigens eine Kommission,

Adenauers Neigung ging immer dahin, mit „nicht übertriebener Arbeit auf dem Lande zu leben“. Er wollte deshalb Notar werden.

um den Grüngürtel zu verhindern. Er wurde gepflanzt.

Diese in Jahrzehnten trainierte Fähigkeit Adenauers, den ihm nachgeordneten Freunden und Mitarbeitern auf demokratischem Wege seinen Willen aufzuzwingen, verschafft ihm heute in der CDU/CSU manche Feinde.

„Als Mensch war dieser geborene Kommunalbeamte ein absoluter Autokrat“, bestätigt auch sein Mitarbeiter Hummes. „Er hatte den Mut, kleine Leute heranzuziehen, und stützte sie, solange sie Erfolg hatten. Aber auch keinen Tag länger.“

„In unserer Familie herrscht nicht das demokratische Prinzip des Staates, sondern das diktatorische, wie es sich für eine Familie ziemt“, sagt auch Adenauers Sohn Paul, dem man eher den Sportsmann als den künftigen Priester des Bistums Köln ansieht. „Trotz seiner Überlastung versucht Vater auch noch, uns unsere liebe Mutter zu ersetzen. Er gibt an, ob im Garten ein Rosenstock umgesetzt werden soll und ob meine Schwester Libeth Kuchen backen darf.“

Besonderes Anliegen des Oberbürgermeisters war es, Literaten und Künstler nach Köln zu rufen. Lange Monate verhandelte er mit dem Klinker-Bauherrn Schumacher. Der stand aber im Vertrage Hamburgs, und als Adenauer keine andere Lösung mehr sah, halbierte er den berühmten Architekten und seine Arbeitszeit.

Sein bekanntestes, wenn auch nicht dauerndstes Werk ist unbestritten die „Pressa“. Als er nach dem ersten verlorenen Kriege seine engsten Mitarbeiter einmal fragte, wie er Köln wieder dem Ausland näherbringen könne, wurde ihm der Weg über die Journalisten empfohlen. Er ging ihn mit großem Erfolg. Auf der „Pressa“ in Köln gab sich tatsächlich der Journalismus der Welt ein Stelldichein. Adenauer ließ die Gäste wahrhaft fürstlich betreuen. Schon am täglichen Frühstückstisch fand jeder Journalist seine dicke Zigarre zu 2 Friedensmark.

Es lohnt sich. Damals war ein Oberbürgermeister eine Macht. Das Schwergewicht lag manchmal noch bei den Städten. „Wenn ich so im Kölner Rathaus saß“, sagt Adenauer, „dann dachte ich bei mir: Das Römerreich ist zerfallen, das deutsche Kaiserreich ist zerfallen, das Reich Wilhelms ist zerfallen, aber diese alte Stadt Köln hat alles überdauert, und

es lohnt sich, für diese Stadt all seine Kräfte einzusetzen.“

Er tat es nicht umsonst. Nach dem Zeugnis von Hummes ist das wahr, was die Neider schon damals behaupteten: Adenauer hatte ein größeres Einkommen als der Reichspräsident von Hindenburg, da mit dem Posten des Oberbürgermeisters verschiedene Aufsichtsratsposten verknüpft waren.

Köln war eben eine wohlhabende Stadt. Adenauer: „Gelegentlich habe ich auch schon Engländern gesagt, daß die englische Königskrone einmal in Köln verpfändet gewesen sei. Ich weiß nicht mehr, welcher Richard es war, jedenfalls hatte er kein Geld.“ Die Kölner Bürger hatten Geld.

Zweimal hat Konrad Adenauer den Einzug englischer Besatzungstruppen erlebt. Das erste Mal ließ er die Fensterläden herunter. Bei der Begegnung mit dem kommandierenden englischen General im Rathaus blieb er sitzen. Der General sagte „Guten Tag“. Es waren die einzigen beiden Worte Deutsch, die er konnte. Sein Adjutant legte einen Stapel Bekanntmachungen in deutscher und englischer Ausfertigung auf den Tisch.

„Da standen dann ziemlich schreckliche Dinge drin.“ So sollte jeder Bürger den Bürgersteig verlassen, wenn ihm ein englischer Offizier begegnete. Adenauer sagte: „Herr General, können Sie sich vorstellen, daß es ein englischer Offizier nicht für unter seiner Würde erachtet, einen deutschen Zivilisten seinen Weg in die Gosse treten zu lassen?“

„Mein Befehl lautet, Ihnen diese Proklamation zu überbringen. Was Sie damit tun, ist Ihre Sache.“ Adenauer nahm den ganzen Stapel und deponierte ihn ostentativ in der hintersten Ecke des Saales auf der Erde. Der General zuckte nicht mit der Wimper, er sagte nur: „Schließen Sie nicht von mir auf das, was noch kommt. Ich bin nur die Vorspeise.“

In jenen Tagen erhielt Adenauer auch eine seidene englische Flagge zum Geschenk, die er als Symbol der Freiheit aufbewahrte. In der Gestapozeit übergab er sie dem Schweizer Konsul. Jetzt liegt sie in einer Schublade.

Adenauer meint, die Engländer hätten die europäische Niveausenkung ganz brav mitgemacht. Ganz allgemein seien die Engländer von heute nicht mehr die von 1918. Den heutigen Engländern ist er noch irgendwie böse. „Nicht, weil sie mich rausgeschmissen haben! Aber sie haben uns verachtet. Vielleicht ver-

achten sie uns jetzt nicht mehr, oder sie zeigen es jetzt wenigstens nicht.“

Der Doktor kann ziemlich falsch werden, wenn nicht nur SPD-, sondern auch Zentrumsleute auf seine kapitalistenbildende Rolle anspielen. Er erklärt es so: Frühere Bergassessoren, „wie ich sie mal nennen will“, taten sich wieder zusammen, aber sie seien beinahe mehr bereit, mit der SPD zusammenzuarbeiten als mit der CDU, wie sie überhaupt mit jeder Partei einschließlich der SED/KPD zusammenarbeiten würden.

Katholiken im Industriegebiet hätten von jeher Schwierigkeiten gehabt, da die Besitzenden zum großen Teil Protestanten gewesen seien. Der geistliche und klösterliche Besitz sei 1806 überwiegend an Protestanten verkauft worden, da die Katholiken von diesen Gütern nichts genommen hätten.

Die Abneigung Preußens gegenüber den Katholiken könne man aus der ständigen Formulierung ersehen, die bei der Eingabe zum Kronenorden IV. Klasse oder zum Roten-Adler-Orden IV. Klasse üblich gewesen sei: „Er gehört zwar der Zentrumsparterie an, ist aber im übrigen königstreu.“ Auch heute seien die Katholiken im Ruhrgebiet wieder im Hintertreffen, und diese unbestreitbare Tatsache bereite ihm, dem Vorsitzenden der gemischtkonfessionellen CDU, manches Kopfzerbrechen.

Über seinen und der Rheinlande Separatismus sagt Adenauer, die separatistische Bewegung habe im Rheinland niemals festen Fuß fassen können. Zum Zeugnis für seine eigene Haltung erzählt er drei Begebenheiten, eine Anekdote, eine Episode und eine bisher unbekannte Staatsaktion von sensationeller Bedeutung.

DIE ANEKDOTE

Ein geheimes Gericht der Separatisten in Koblenz hatte Konrad Adenauer, den auch der Erz-Separatist Adam Dorten immer als „Verräter an der separatistischen Sache“ brandmarkte, zum Tode verurteilt. Als Adenauer nun Ende der 20er Jahre in Amsterdam einen Vortrag halten wollte, erreichte ihn die Warnung, ein bekannter Separatist plane ein Attentat auf ihn. Die holländische Polizei wurde alarmiert, ein deutscher Polizist, der den Separatisten von Angesicht kannte, saß in der ersten Reihe. Adenauer kannte ihn nicht.

Während des Vortrages bemerkte er, wie sich ein Mann von der hintersten Reihe langsam nach vorn schob. Der Mann setzte sich in der ersten Reihe auf den einzigen freien Platz, den Platz des Vortragsredners Konrad Adenauer. Er griff in seine Tasche und holte einen röhrenförmigen Gegenstand hervor. Adenauer warf hilfeschende Blicke auf seinen deutschen Polizisten, hörte aber nicht zu sprechen auf. Er überlegte sich blitzschnell, wie er sich gegebenenfalls zur Erde werfen würde. Da hob der Mann den röhrenförmigen Gegenstand und hielt ihn an sein Ohr. Er war schwerhörig.

DIE EPISODE

Im ersten Jahr der Rheinland-Besetzung hatten die Engländer einen Sir Sidney Clive als kommandierenden General. Er bat Adenauer zu Peter und Paul ins Hauptquartier. Obwohl Adenauer den Sonntag noch strikter heiligt als die Engländer ihr Weekend, ging er und erfuhr von den Besorgnissen des englischen Generals wegen der separatistischen Bewegung. „Wenn die Leute Köln nicht haben, können sie nichts besehen“, entgegnete er und riet dem General, Änderungen der Staatsform in seinem Befehlsbereich zu verbieten. Der General klingelte nach seinem Adjutanten und ließ Adenauer selbst eine diesbezügliche Ordinance diktieren.

DIE STAATSAKTION

Zur Zeit der Rentenmark 1924 wurden die führenden rheinischen Politiker zu einer Sitzung mit dem Reichskabinett nach Berlin gerufen. Schon auf dem Wege zur Sitzung hatte ein befreundeter Ministeriale Adenauer zugerannt: „Sie sollen preisgegeben werden.“ Neben Adenauer, dem Präsidenten des Preußischen Staatsrats, nahmen Reichskanzler Stresemann, der preußische Ministerpräsident Braun (SPD), der Reichsfinanzminister Luther, der vorige Woche in Bonn ein englisches Wahlrecht forderte, und der Reichsbankpräsident Schacht, der für seine Rowohlt-Memoiren 30 000 DM in Empfang nahm, teil.

Folgender Gedankengang wurde entwickelt, dessen Urheber Hjalmar Schacht gewesen sein soll: Die Rentenmark könne nicht gehalten werden, wenn sie weiterhin in das besetzte Gebiet geliefert werden müsse. Adenauer und die übrigen Rheinländer wurden aufgefordert, nach Koblenz zu gehen und von

dem französischen Oberkommandierenden Girard ein eigenes Besteuerungsrecht zu erbitten und nicht de jure, aber de facto einen eigenen Staat zu bilden. Ein Rheinländer fragte: „Und wann holen Sie uns zurück?“ Achselzucken ringsherum. Adenauer erinnert sich noch genau, wie er gestikulierend mit erhobenen Fäusten vor Finanzminister Luther stand und wie er von Arbeitsminister Brauns zurückgerissen wurde, der Tätlichkeiten verhindern zu müssen glaubte.

Um 6 Uhr nachmittags waren schon 600 Journalisten bestellt. Um 7 Uhr abends bekam Stresemann einen Herzanfall. Um 10 Uhr abends wurde die Pressekonzferenz abgesagt. Stresemann verlor dann etwas später den Kanzlerposten, und Marx wurde Nachfolger. Inzwischen hatte Adenauer von seinen Vertrauensleuten im Finanzministerium und im Ministerium für die besetzten Gebiete erfahren, daß das Finanzministerium falsche Zahlen über die Höhe der Rentenmark-Aufwendungen für die besetzten Gebiete mitgeteilt hatte.

Man berief die Rheinländer ein zweites Mal nach Berlin. Adenauer verlangte, daß Luther an der Sitzung teilnehme, und legte ihm einige Fragen vor. Daraufhin sagte Marx: „Gestern war ich noch der Ansicht, wir müßten die besetzten Gebiete aufgeben. Doch nach dem, was ich heute gehört habe, sind neue Überlegungen notwendig.“ Es wurde nie mehr davon gesprochen.

Immerhin, sagt Adenauer, hätten die Versuche zu einer rheinischen Republik auch in „anständigen Kreisen“ damals Boden gewonnen. Diese ganzen Strömungen habe man zusammenfassen müssen, um sie unter Kontrolle zu haben. So sei am 2. Februar 1919 unter Adenauers Vorsitz ein Ausschuß gebildet worden, der sich ein Mandat habe geben lassen dafür, daß jede Veränderung der bestehenden Zustände von ihm sanktioniert werden müsse.

So ist es vielleicht auch zu erklären, daß der Londoner „Daily Express“ kurz nach diesem Krieg am 2. Juli 1945 mit der Schlagzeile aufmachte: „Ein Deutscher will Deutschland in drei Teile schneiden“. Der Plan des Kölner Oberbürgermeisters Dr. Adenauer habe für drei deutsche Staaten eine gemeinsame Zollgrenze vorgesehen.

Nach Westen suchte er von jeher Brücken zu schlagen. „Die Amerikaner und die Russen werden aufhören, sich zu zanken, aber Deutsche und Franzosen werden immer nebeneinander leben müssen.“ Zu

Stresemanns Zeiten betrieben Adenauer und Hugo Stinnes eine engere Wirtschaftscoalition mit Frankreich. Stresemann gab sein Einverständnis, und Stinnes hatte schon seine Fahrkarte nach Paris. Da erfuhr Adenauer, Stresemann habe die Franzosen wissen lassen, Stinnes genieße nicht das Vertrauen der Reichsregierung. „Das hat er getan, um die Verständigung als sein eigenes Verdienst buchen zu können.“

Dies ist des alten Kommunalfuchses fester Grundsatz: Beginnend bei den Gemeinden müßten die Selbstverwaltungskörper, insbesondere die Länder, und natürlich auch der Bund, ein finanzielles Existenzminimum haben, einen Etat, über den sie selbständig verfügen können. Das Austeilen der Gaben aus einem großen Topf führe zur Korruption. „Nichts stärkt das politische Verantwortungsgefühl mehr als das Lernen im überschaubaren Bereich.“

Es sei doch sehr viel wichtiger, dem Arbeiter durch gesunde Wohnungspolitik ein Heim und einen Garten zu geben, als zu sozialisieren. Der überzeugte Katholik wiegt bedachtsam den Kopf, wenn er gefragt wird, ob denn etwa Christentum und Kirche die Vermassung des Menschen aufhielten. „Nicht genügend.“

Führt man mit Adenauer ein religiöses Zeitgespräch, kann es sein, daß er seinen Klassenkameraden, den Jesuiten Max Pribilla, zitiert. Der verfißt den revolutionären Lehrsatz, daß es Gewissenspflicht ist, aus der katholischen Kirche auszutreten, wenn das Gewissen es befiehlt.

Der 72jährige grübelt heute noch über die Macht des Bösen in der Welt. Im Gestapo-Gefängnis Brauweiler hat er acht Wochen lang nicht schlafen können, so sehr schrien die Gestapo-Offiziere in der darüberliegenden Folterkammer. „Wie können diese Leute so grausam sein“, dachte Adenauer damals bei sich, „die doch zu deiner Oberbürgermeisterzeit als brave Polizeibeamte und Bürger ihren Dienst getan haben!“ Er fand keine Antwort.

Adenauer war acht Wochen in Brauweiler, nach dem 20. Juli. Am Tage seiner silbernen Hochzeit wurden er und seine Frau eingeliefert, ohne voneinander zu wissen. Die Nazis hatten den früheren Oberbürgermeister, der sich bei Göring über die Kölner Polizei

Adenauer war acht Wochen in Brauweiler, nach dem 20. Juli. Am Tage seiner silbernen Hochzeit wurden er und seine Frau eingeliefert, ohne voneinander zu wissen.

beschwert hatte, zeitweilig aus dem Regierungsbezirk Köln ausgewiesen.

Schumacher holt ihn ab. „Wir Kinder besuchten ihn täglich mit dem Fahrrad in Unkel“, sagt Sohn Paul. Nach einer Rücksprache mit dem damaligen Gauleiter Grohé durfte er wieder nach Rhöndorf zurück, mit Berufsbeschränkung natürlich. In dieser Zeit grub er seinen Garten um und trug den Steingarten zusammen.

Ein Bummel im Garten ist oft seine einzige Erholung. Morgens um 5 steht er auf, wäscht sich auch im Winter kalt und rasiert sich selbst. Bei Kaffee und einem elektrischen Öfchen arbeitet er bis halb zehn, dann kommt Schumacher und holt ihn ab. „Nicht der Politiker, sondern der Chauffeur meines Vaters“, erklärt Paul. „Es gibt nur einen Adenauer“, sagt Schumacher, der ihn schon mehrmals zu Bruch gefahren hat.

Mittags schläft er gern, da er seit einem Autounfall im Jahre 1933 nachts nicht mehr ohne Tabletten schlafen kann. Auf Wahlreisen nickt er unter Mittag zuweilen ein. Wie Kurt Schumacher liest er in einer freien Stunde gern einen Kriminalroman. Sonntags muß er in der Notkirche regelmäßig stehen, da er in letzter Minute zum Gottesdienst erscheint.

Sogenannte Leidenschaften hat er nicht. Er raucht nicht und trinkt nicht. „Die Deutschen rauchen mir zuviel, das ist ihr einziger Fehler“, sagt er oft zu den vier Kindern aus zweiter Ehe, die mit ihm in Rhöndorf wohnen. Dafür mag er Schokolade für sein Leben gern. In seiner Oberbürgermeisterzeit baute er bei Konferenzen wahre Berge vor sich auf. Und an einem Bonbon lutschend, geht er abends bei guter Radiomusik auf und ab, bis das Schlafmittel zu wirken beginnt.

Der Präsident, vorläufige höchste Staatsperson über 47 Millionen Westdeutsche, ist ein Mann ohne Zeit. Aber er ist ein vorzüglicher Erzähler. So kann es selbst ihm passieren, daß ein Gespräch, für das 30 Minuten angesetzt waren, drei Stunden dauert. „Drei Stunden, das reicht ja aus, um eine kleine Weltgeschichte zu schreiben!“ Gegenfrage: „Lohnt Ihre Person, Herr Präsident, etwa keine Weltgeschichte?“

Da legt Konrad Adenauer den Bleistift aus der Hand, wippt dreimal mit dem Kopf und sagt nun ganz im rheinischen Tonfall: „Wenn wir in Köln wären, dann würde ich sagen: ‚So siehst Du aus!‘“ ■

GRUNDGESETZ

GÖTTLICHER FUNKE

Mehr als 5000 Eingaben für die neue Verfassung kamen aus der Bevölkerung.

1949 Wenn Haus-Wachtmeister Pünk am 28. Mai nach dem Final-Hochamt dem Parlamentarischen Rat das Licht abdreht, hat der Rat 260 Tage gelebt. Und wie!

Während er vom 1. September 1948 an in den profanen Hallen der Pädagogischen Akademie amte, flossen an deren Breitseite schätzungsweise 2,85 Milliarden Kubikmeter Wasser rheinabwärts. Die Wortflut im PR ist schwerer zu berechnen. Allein seine geschriebenen Verlautbarungen werden auf 169 076 000 Worte geschätzt.

Organisationsleiter Vossen vom PR-Sekretariat ließ 932 Drucksachen in je 600 Exemplaren und an die hundert milderer Auflage durch die Matrizen jagen. Den Papierverbrauch schätzte er auf 750 000 Blatt DIN A4. Originaldruckerschwärze wurde nur fürs Grundgesetz genehmigt. Gebrüder Scherer druckten es: Im PR wurde es weiterverkauft. Für 2,80 DM. Aber nur ein Restkontingent. Die Masse (3000 Auflage) flog in die Länderparlamente. 400 Stück auf zwei Touren mit Luftbrücke nach Berlin. Transportbegleiter: Kaiser und Suhr.

Die Siebzig in Bonn zogen (im allgemeinen) Autos vor. Im Monatsdurchschnitt bliesen sie 30 000 Liter Benzin durch die Vergaserdüsen. Genaue Zahlen sperrte Ratspräsident Adenauer.

Auch PR-Restaurateur Paul La Roche verschmähete Umsatz-Angaben („Das sieht dann ganz anders aus und führt den Leser irre.“) Nach den Speisekarten-Preisen muß er in 256 Tagen gut verdient haben.

Die Weekend-Flaute (von freitags bis dienstags) füllte er mit Bonner Bürger-Kundschaft. Es rentierte sich. Bis auf Ostern, wo im Frühlingsgewitter 17 Buttercremetorten sauer wurden.

Auch außerhalb des Restaurants zeigte die Bevölkerung Verfassungsinteresse. 5131 Eingaben trug Registrator Pauli in sieben Posteingangsbücher ein. 2690 davon betrafen das Elternrecht. 20 000 bis 30 000 weitere Elternrechts-Zuschriften schwirrten auf Sam-

mellisten und Kartenvordrucken ins Zimmer 143. Die las niemand. Sie liegen im Schrank (gebündelt). „Der ist nur fürs Elternrecht da“ – sagte Pauli. „Der Bundestag wird sich freuen!“

Alle anderen Zuschriften wurden beantwortet. 314 bezogen sich aufs Wahlrecht. 353 auf die Bundesflagge, 15 auf die Nationalhymne.

Ganz andere Sorgen hatte die „Hauptstelle der Männer-Seelsorge der deutschen Diözesen“. Sie bat den PR um „Verankerung der Sonntagsruhe in der Verfassung“. Kölns Verkehrsgewerbler verlangten Bundesvorrang-Gesetzgebung für „Gelegenheitsverkehr“ (mit Mietwagen und Kraftdroschken). Der Bund der Hotel-Angestellten in Uelzen schlug vor, das Kellner-Gewerbe als „Handwerk“ zu kodifizieren.

W. Bremer aus Untertöhlau proponierte die „Aufstellung einer kleinen militärischen Macht“, F. Lichtschlag aus Holtorf kämpfte für die „Unantastbarkeit der Offiziers-Ehre“ als Bürgerrecht. Toni Miller (New York), Sekretär der „Alpinen Bruderschaft“, machte die Bonner Räte zu „Exzellenzen“ und beklagte sich (auf Papier aus dem „Astoria“) über die „italienischen Romanisierungsversuche“ an den Südtirolern.

Maria Moorstein aus Eßlingen sah den Bonnern Republikmachern ins Gesicht und dichtete:

„Ich suchte in Euren Gesichtern

Nach Weisheit und wahren Sein.

Ich suchte den göttlichen Funken

Der oft scheint verkümmert zu sein.“

Das Wichtigste aus diesen Eingaben hatte Fritz Löwenthal (ganz früher KPD) dem Hauptausschuß vorzutragen. Hier saß er nach seinem Übertritt zur SPD neben KP-Renner. Dahin war er als Kommunistenschreck plaziert worden. Wenn Renner, ungeachtet seiner fast perversen Verehrung für Konrad Adenauer, Hymnen auf die Sowjets anstimmte, mußte Löwenthal ihn niederkrächzen. Meist verlor er das Schreiduell. Davon erholte er sich durch Ausschuß-Nickerchen. Zwischendurch schrieb er für „Neuer Vorwärts“. Einmal auch für „Tagesspiegel“. Das kostete ihn den Bonner Fraktionssitz und die Parteifunktion.

DP-Marathonredner Dr. Hans Christoph Seebohm wurde vom Chef des Stenogramms Dr. Koppert der „PR-Filibuster“ genannt. Trotzdem war Professor Heuß für die vier akademischen Stenographen („umfassende Allgemeinbildung, großes Einfühlungsver-

mögen und ausreichende Erfahrung“) der schwierigste. Weil er beim Sprechen denke – sagt Koppert.

Wenn Reimann sprach, hatten die Stenographen Ohrenscherzen. Wegen der „Leidenschaft“. Carlo Schmid hatte „das meiste Verständnis“ für sie. Dafür nannte Koppert ihn den „PR-Rastelli“ (des Wortes). Er wünschte sich zwanzig von der Sorte.

Albert Roßhaupter, Josef Schrage und Heinrich Rönneburg blieben den Stenographen unbekannt. Sie sprachen kein Wort. Weder im Ausschuß noch im Plenum. Bis auf das öffentliche „Ja“ zum Grundgesetz.

Auch Kaspar Seibold steht nur einmal im Protokoll. Mit einem „Nein“ zum Grundgesetz. Er war der Jüngste (34 Jahre) und der Rarste in Bonn. Max Reimann und Kiels Oberbürgermeister Andreas Gayk waren auch kaum anwesend. Dafür spielten die Dioskuren Renner und Löwenthal Stammpersonal. Löwenthal sogar in den Ferien. Beide als Dauerkunden der Diätenkasse.

Die eigentliche Arbeit im PR wurde in interfraktionellen Besprechungen, in Fraktionsitzungen und Ausschüssen getan, bei wohlthuender Anonymität. Ihr äußeres Ergebnis sind 146 Artikel.

Die letzte Hauptausschuß-Fassung zählte noch insgesamt 200. Trotzdem steht in den 34 Seiten des Grundgesetztextes noch manches, was nicht Inhalt eines Gesetzes über staatliche Organisation, sondern regelrechter Verfassungsinhalt ist. Etwa der Artikel 7 über Schulreform und „Elternrecht“ – in Bonn die „böse Sieben“ genannt, weil er mehr Schwierigkeiten machte und mehr Gefahren für das Grundgesetz beschwor als selbst der Streit um die Finanzverwaltung und die Zweite Kammer.

Eine demokratische Verfassung aber konnten die Parlamentarier nicht schaffen. Dafür fehlte die Berufung durch das Volk, seine politische Einheit und Unabhängigkeit und die Möglichkeit, von der Souveränität in freier Selbstbestimmung Gebrauch zu machen. Das wußten die Bonner vom ersten Tag an recht gut. Sie sagten es in den Eröffnungsreden, Carlo Schmid auch zum Schluß.

Trotzdem stellten sie sich, als ob sie „Verfassung“ machen könnten, berauscht durch die Erinnerung an die Paulskirche und das 48er Traditionsjahr. Die Aufgabe war nüchterner: die staatliche Unordnung in den Westzonen durch ein Minimum an Organisationsformeln in eine Behelfsordnung des öffentlichen

Lebens unter dem Besatzungsregime umzuwandeln. Mehr nicht.

Statt dessen sprach auch Carlo Schmid in schwachen Augenblicken von „republikanischem Pathos“. Und Theodor Heuß glänzte vor dem Plenum mit seinem Wunsch nach dem „Ausdruck des Luminösen in der Verfassung“. So wurde der Behelfs-Torso, mit dessen Hilfe die „Verfassungspartisanen“ im Hotel „Rittersturz“ (Sommer 1948) die Staatsbildung scharfsinnig eindämmten, in neun Monaten durch vormärzliche Frühlingsgefühle in einen Verfassungsbastard umgezeugt. Erfolg: Die Flut der „natürlichen Menschenrechte“ überschwemmte das Grundgesetz. In einer politischen Situation, die schnelle Regierungsbildung gebot, stritt man um „Elternrechte“, bis es fast zu spät war.

HIER EIN GRUNDGESETZ-EXTRAKT

- Die Grundrechte sind (zum ersten Mal in Deutschland) für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung unmittelbar rechtsverbindlich. Wird jemand durch die öffentliche Gewalt rechtsverletzt, so sind die ordentlichen Gerichte zuständig. Der Kläger gegen Staat oder Gemeinde kann sich durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen, genau wie bei einem zivilen Rechtsstreit. Diese Bestimmung ist neu. Dem Bürger ist ein öffentliches Recht gegeben, auf das er pochen kann.
- Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Damit ist das Familien-, Erb- und Namensrecht des bürgerlichen Gesetzbuches abzuändern. Die Verwaltung des Vermögens der Ehefrau durch den Ehemann ist hinfällig. Ebenso das Recht des Mannes, über den Wohnsitz der Familie, die Erziehung der Kinder und das Kindesvermögen selbständig zu entscheiden. Ehefrauen werden ihren Mädchennamen nach Belieben weiterführen können.
- Die Bonner Rechtsrevolutionäre setzten dem Bundestag eine Frist bis zum 31. März 1953. Wenn bis dahin nichts abgeändert ist, treten die BGB-Bestimmungen automatisch außer Kraft, und es gibt dann eine gesetzlose Zeit für die deutsche Familie.
- Das Grundgesetz ist das erste Verfassungsgesetz auf dem Kontinent, das den Verzicht eines Staates auf Hoheitsrechte und deren Übertragung

auf überstaatliche Institutionen vorsieht. Der Bund kann in Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen. Zum ersten Mal steht in einem Staatsgrundgesetz das Wort „Europa“.

- Anders als in der Weimarer Verfassung sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteile des Bundesrechts. Sie gehen allen Gesetzen vor und sind für die Bewohner des Bundesgebietes unmittelbar rechtsverbindlich. Noch in der Weimarer Republik mußte der Gesetzgeber völkerrechtliche Normen zuvor in Reichsrecht „transformieren“. Unter der Herrschaft des Grundgesetzes ist jeder Bewohner Westdeutschlands unmittelbar ans allgemeine Völkerrecht gebunden.
- Das Grundgesetz spricht die Kriegsächtung aus und stellt kriegsvorbereitende Handlungen unter Strafe. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gründen des Gewissens ist gewährt. Der Kriegsdienst als solcher ist nicht verboten.
- Eine eigentliche Zweite Kammer gibt es nicht. Der Bundesrat ist eine Art Interessenvertretung der Länder, ein ständig tagender Gesandtenkongreß, eine Art ständige Ministerpräsidentenkonferenz mit Fachausschüssen – das Unikum einer Gesellschaft von Interessenvertretern (delegiert von Exekutivinstanzen) als Legislativ-Körperschaft. Die Aufgabe einer echten Zweiten Kammer, verzögerndes Moment der Regierungspolitik zu sein und dem „stürmischen“ Volks-Gesetzgeber als konservatives Element gegenüberzustehen, kann dieser Bundesrat nicht wahrnehmen. Er ist ein Stück Tragikomik von Bonn.

Ähnlich ging es dem „Präsidialkanzler“ amerikanischer Prägung, der „starker Mann“, Ministerpräsident auf feste Zeit, ein tatsächlich regierendes Staatsoberhaupt gewesen wäre. Obwohl die FDP während der großen Krise mit Engelszungen dafür warb. Der christlichen Union fehlte der Schwung, die Konsequenz aus ihrer späten, aber besseren Einsicht zu ziehen.

- Das System des „veredelten Mißtrauensvotums“ schließlich soll die künftigen Regierungen stabil machen. Eine Mehrheit kann nur Mißtrauen aussprechen, wenn sie an Stelle des abgelehnten einen neuen Kanzler ihres Vertrauens präsentiert. Es wird dadurch dem in der Weimarer Zeit oft exerzierten Fall vorgebeugt, daß regierungsfeind-



Klaus Brinkbäumer

70. DER SPIEGEL 1947-2017

Gebundenes Buch, Pappband, 480 Seiten, 21,0 x 28,0 cm
ISBN: 978-3-421-04770-0

DVA Sachbuch

Erscheinungstermin: Januar 2017

Das Buch zum großen SPIEGEL-Jubiläum

Am 4. Januar 1947 startete der 24-jährige Journalist Rudolf Augstein zusammen mit Gleichgesinnten den abenteuerlichen Versuch, im kriegszerstörten und von der Nazi-Hetze zerfressenen Deutschland ein Nachrichtenmagazin nach angloamerikanischem Vorbild zu erschaffen. Mit immer neuen Enthüllungsgeschichten, Reports, scharfen Analysen und sinnlichen Reportagen ist daraus in den folgenden Jahrzehnten DER SPIEGEL geworden, der in der Welt als Stimme eines demokratischen Deutschland geschätzt und im Lande als Leitmedium der vierten Gewalt respektiert, verehrt, verachtet und gefürchtet wird. Zum ersten Mal zeichnet dieses Buch den Aufstieg des Nachrichtenmagazins nach, indem es die wichtigsten Scoops, Essays und Storys aus sieben Jahrzehnten dokumentiert oder kuratiert. So entsteht ein Spiegelbild von Weltgeschichte und deutscher Gesellschaft, wie es nur DER SPIEGEL liefern kann.

 [Der Titel im Katalog](#)